

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a, Fernruf: P 7, Jannowitz, 5909. Postcheckkonto Berlin, Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 215 B

BERLIN • Dienstag, den 13. September 1932

1. JAHRGANG

Militärdiktatur setzt sich durch!

Die „Demokratisierung der Reichswehr“.

Von Willi Eichler.

Manche Leute, besonders im Ausland, sprechen Herrn von Schleicher besondere Klugheit zu. Wir sind geneigt, diese angebliche Klugheit anders zu erklären: durch die besonders ausgeprägte Dummheit des größten Teils der Schleicherschen Volksgenossen. Diese besteht in einer geradezu himalajahaften Unkenntnis der realen Machtverhältnisse in einem Klassenstaat. Man muß nur gesehen und gehört haben, mit welcher Törichtheit (vielleicht auch Feigen) Argumenten selbst linke Politiker gegen eine so eindeutig selbstherrliche Klassengruppe, wie sie durch Hindenburg, Schleicher, Papen vertreten wird, zu Felde ziehen.

In der Diskussion der jüngsten Woche ist fast völlig die klare Sachlage verdunkelt worden, daß die jetzige Reichsregierung bisher die Vertrauenskundgebung des deutschen Reichstages nicht eingeholt hat und daß sie erklärt hat, auch einer Mißtrauenskundgebung nicht zu weichen. Die meisten Parteien haben sich durch die Drohung mit der Reichstagsauflösung ins Böckshorn jagen lassen, obwohl das von Hindenburg und Schleicher so betonte „Präsidialkabinett“ in der deutschen Reichsverfassung überhaupt keine Stelle hat. Es muß immer wieder mit allem Nachdruck betont werden, daß es für die Regierung des deutschen Volkes und für die Bildung dieser Regierung in keinem Fall darauf ankommt, ob der Reichspräsident zu dieser Regierung Vertrauen hat oder nicht. Wenn Herr von Schleicher und seine Regierungsgenossen sich immer wieder darauf berufen, daß sie das Vertrauen Hindenburgs besitzen, so mag das für sie interessant sein — für die verfassungsmäßige Stellung der Reichsregierung ist es absolut unerheblich. Trotzdem hat die Feigheit eines großen Teils der deutschen Lipken vermocht, Herrn Schleicher in seiner verfassungsmäßig sehr wackeligen Position bei ausgezeichnetem politischer Laune zu erhalten, wie dies z. B. aus einer Mitteilung Herrn von Schleichers an die Presse hervorgeht, daß er, entgegen anders lautenden Gerüchten, nicht bereit sei, „zu einer Verfälschung des Gedankens einer unabhängigen Präsidialregierung durch ein tatsächlich von den Parteien gebildetes Kabinett die Hand zu bieten. Er betont, daß er es als eine Untreue gegenüber dem Herrn Reichspräsidenten ansehen würde, wenn er irgend etwas tun würde, was dem Bestand des jetzigen Kabinetts gefährden könne.“ Aber in diesen Worten suchen wir vergeblich nach einem Wort, das auf die Rücksicht auf den Reichstag schließen läßt.

Worauf beruht die Macht Schleichers, der doch nur ein einzelner Minister in einem großen Kabinett ist? Sie beruht darauf, daß er der Chef einer Truppe ist, die ein Klasseninstrument ist, wie manche andere es höflicher ausgedrückt haben: ein Staat im Staate. Und da dieser Staat im Staate Waffen besitzt, der übrige „Staat“ aber keine, so ist klar, daß der Kommandeur des waffenbesitzenden Staates seine Zeit für gekommen erachtet, zu tun und zu lassen, was ihm beliebt.

Die Gefahr ist ungeheuer groß.

Und die Arbeiterschaft hätte allen Grund, diesen Reichswehrkommandeur mit allen erlaubten Mitteln zu bekämpfen. Das geschieht weder von der Arbeiterschaft, noch von dem liberalen und demokratischen Bürgertum in irgend wie ausreichender Weise. Das beste Beispiel liefern die Äußerungen dieser Kreise zu der Schleicherschen Aktion, die er mit dem harmlosen Namen des Kampfes um Deutschlands „Gleichberechtigung“ verbunden hat, eine Gleichberechtigung, die sich für ihn darauf bezieht, ebenso zu rüsten wie andere Leute auch. Der „Vorwärts“ bringt diesen Plänen seit Jahren so gut wie keinen Widerstand entgegen, wenn er auch mehr die Abrüstung (der andern Völker) fordert.

Jedenfalls ist von einem Kampf der Sozialdemokratie und auch der Gewerkschaften gegen die bevorstehenden Schleicherschen Aktionen nichts zu spüren.

Die Kommunistische Partei hat für den nationalen Rausch der deutschen Machthaber nichts übrig und hat dies auch eindeutig gesagt.

Den Vogel in bezug auf politische Unkenntnis und illusionären Demokratismus schießt allerdings der Chefredakteur des „Berliner Tageblatts“ ab, der in einem ausführlichen Leitartikel Herrn von Schleicher gleichsam unter die Arme greift. Er ist für eine Umwandlung der Reichswehr, für eine Demokratisierung, für eine

Ersetzung der Berufsarmee durch eine Miliz.

Er ist der Meinung, daß auch Herr von Schleicher sich

Zentrum und Nazis fangen an zu tolerieren / Kritik wird verboten.

Hindenburg hat Zeit.

Der Empfang der Führer der NSDAP, des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei beim Reichspräsidenten, der für Montag nachmittag 17 Uhr angesetzt war, ist auf die Bitte der Parteien hin abgesagt worden. Auf die Bitte des Reichstagspräsidenten Göring, den Empfang nunmehr für Donnerstag anzusetzen, hat Hindenburg erklärt, daß er sich die Festsetzung des Zeitpunktes vorbehalten müsse.

Regierung und Parlamentsdebatte.

„Die Reichsregierung sieht vielmehr einer solchen Debatte mit großem Interesse entgegen, weil sie sich von ihr eine sehr nützliche Aufklärung des deutschen Volkes verspricht...“ (Aus einer amtlichen Erklärung vom Sonntag.)

Die Regierung hofft anscheinend auf eine Demonstration der inneren Brüchigkeit der schwarz-braunen Koalition.

Hitler biederf sich an.

Die „Nationalsozialistische Parteikorrespondenz“ veröffentlicht am Sonntag einen Ukas Hitlers, der um einige Tage zurückdatiert ist. (Berlin, 8. September). Darin heißt es:

„1. Die deutsche Wehrfrage drängt auf Lösung. Außenpolitisch muß Deutschland seine verlorene militärische Sicherheit zurückgewinnen, innenpolitisch steht es vor der Aufgabe, seine verschüttete Wehrkraft neu zu begründen. Das deutsche Volk erwartet (aha! Red.) von der NSDAP eine entscheidende Mitwirkung am Aufbau der Landesverteidigung... Ich verfüge daher die Errichtung eines wehrpolitischen Amtes der NSDAP. Mit seiner Leitung wird Pg. Generalleutnant Franz Ritter von Epp beauftragt...“

Das Licht der Kritik ist unerwünscht.

„Immer mehr wird von den Herrschenden die Möglichkeit unterbunden, ihre Maßnahmen öffentlich einer grundsätzlichen Kritik zu unterziehen.“ Die gegenwärtigen Machthaber in Deutschland teilen nicht Friedrichs des Großen aufgeklärten Standpunkt, daß „Gazetten nicht genieret werden dürfen“.

Der Berliner Polizeipräsident hat am Sonnabend folgende Leistungen zuwege gebracht:

1. Verbot der kommunistischen Zeitschriften „Roter Block“ und „Jugend-Internationale“ für die höchstzulässige Dauer von sechs Monaten (bis zum 8. März 1933);

2. Verbot der in Berlin erscheinenden Wochenendausgabe der „Sozialistischen Arbeiterzeitung“ (deren Tagesausgabe in Breslau erscheint) bis zum 31. Oktober einschließlich. Grund: die „SAZ“ hatte der Justiz den Vorwurf der Parteilichkeit gemacht.

Die kommunistische Zeitung „Justiz und Recht“, die nach Verhängung des neuesten „Rote Fahne“-Verbots herauskam,

unter Umständen auf diese Art von allgemeiner Wehrpflicht mit der demokratischen Linken und mit Frankreich verständigen würde. Was hier Theodor Wolff an Illusionen in einem einzigen Artikel auspackt, verdient weitläufiger die Zensur, die er Pazifisten und Warnern vor der Miliz ausstellt: „Aufmerksamkeit: für logisches Denken leider bisweilen nicht genügend. Rechnen: schlecht!“

Wolff meint, der Nachteil der Reichswehr liege darin, daß sie kein Volksheer sei: „Ein besoldetes Berufsheer ist ein Staat im Staate, eine Miliz, die nach schweizerischem Muster aus allen Volksschichten ohne Unterschied der Parteien und Stände entnommen werden mußte, ist der Staat selber, der Ausdruck des Staatsganzen, und schon infolge ihrer Zusammensetzung gar nicht dazu imstande, das Instrument einer Herrschaft im Sinne einer Parteirichtung oder eines diktatorischen Willens zu sein.“

Die alte kaiserliche Armee setzte sich auch aus allen Schichten des deutschen Volkes zusammen, sogar aus einer erheblichen Anzahl von Demokraten und Sozialdemokraten.

„2. Mit sofortiger Wirkung verfüge ich die Einsetzung eines Kolonialreferats, das dem wehrpolitischen Amt anzugliedern ist.“

Der Zeitpunkt der Veröffentlichung stempelt diese Maßnahme Hitlers zu einer Demonstration an die Adresse Schleichers: Siehe, Herr, dein Knecht Adolf ist zur loyalen Mitarbeit an der Erfüllung deiner aktuellen Wünsche bereit! — Hitler ist sich wohl des großen Machtvorsprungs bewußtgeworden, den Schleicher ihm abgewonnen hat.

„Severing gestand der gegenwärtigen Regierung (Papen) zu, daß sie die besten Absichten habe.“ (Aus dem Bericht über Severings Rede bei der Einweihung eines Ebert-Erzberger-Rathenau-Denkmal in Zwickau am Sonntag.)

Deutscher Reichstag.

Die großen Fraktionen haben sich vor der großen Kanzlerrede bereits sämtlich versammelt; fast alle Mitglieder sind erschienen. Noch bis kurz vor der Eröffnung des Reichstages gingen Gerüchte um von einer beabsichtigten Verschiebung des Reichstages. Der Kanzler spricht etwa eine Stunde. In der Aussprache, die voraussichtlich am Dienstag beginnt, werden von den Nationalsozialisten Straßer, von den Sozialdemokraten wahrscheinlich Löbe und von den Kommunisten ein bisher noch nicht genannter Redner sprechen. Mißtrauensanträge gegen das Gesamtkabinett und gegen einzelne seiner Mitglieder haben bisher nur die Kommunisten eingebracht.

ist wegen ihrer Kritik an der deutschen Justiz auf Grund eines Beschlusses des Amtsgerichts Berlin-Mitte am Sonnabend beschlagnahmt worden.

Die sozialdemokratischen Zeitungen „Mecklenburgische Volkszeitung“ (Rostock) und „Das freie Wort“ (Schwerin) sind vom nationalsozialistischen mecklenburgisch-schwerinschen Innenministerium für die Woche vom 11. bis 17. September verboten worden. Das Verbot wird außer mit dem Hinweis auf angeblich unwahre Behauptungen über den jetzigen Reichstagspräsidenten Göring damit begründet, daß die genannten Zeitungen

die SA und SS beschimpft

hätten. Der mecklenburgische Innenminister macht sich damit einer Verletzung der gesetzlichen Bestimmungen schuldig; denn in den Notverordnungsbestimmungen, auf die er sich ausdrücklich beruft (§ 6, Abs. 1, Ziffer 2 und 4, der Notverordnung vom 14. Juni 1932), ist keine Handhabe gegeben, aus einer Beschimpfung der Nazis einen Verbotgrund zu konstruieren. Hoffentlich lassen die geschädigten Zeitungen den illegalen Akt des Innenministers wenigstens durch eine gerichtliche Entscheidung als solche festnageln.

Und trotzdem war sie „das Instrument einer Herrschaft, eines diktatorischen Willens“, besser eines diktatorischen Willens, und das lag daran, daß dieses Heer ein über alle Maßen arrogantes Offizierskorps besaß, das seines obersten Kriegsherrn absolut würdig war. Was Herr Wolff nie in den demokratischen Schädler hineingehen wird: nämlich die Erkenntnis, daß eine Armee in einem Klassenstaat etwas anderes ist als in der von ihm einfach hinbehaupeten Volksgemeinschaft, die es nur geben kann, wenn die Klassenschichtung innerhalb der Staaten beseitigt ist — diese Erkenntnis, für deren soziologischen Unterbau Karl Marx ein Lebenswerk geleistet hat, hat auch die Arbeiterschaft längst nicht so aufgenommen wie ihr Kampf dies erfordert. Man muß, um noch ein Beispiel anzuführen, das geradezu kindlich anmutende Gestammel Wolffs lesen, mit der er die Sorgen ordentlicher Denker zu bannen sucht:

„Das demokratisch gesinnte Volk müßte nur verlangen, daß der organisatorische Aufbau der Miliz jegliche Einseitigkeit in der Rekrutierung unmöglich macht.“ Als wenn

das demokratische Volk sich nicht Vollbärte um den Mund gerodet hätte nach einer Demokratisierung der Reichswehr, nach einer Vermeidung von Einseitigkeiten bei der Rekrutierung der Reichswehr — und als ob dieses ganze demokratische „Verlangen“ einiger Träumer für die Vertreter der Gewaltpolitik mehr bedeutete hätte als einigo das Ohr reizende Schallwellen.

Nationalismus als Volksseuche.

Zu diesem staatsrechtlichen Gestümper in einer der angesehensten deutschen Zeitungen, das zu lesen nur mit großem Widerstand und aus Berufsgründen möglich ist, tritt folgende zynische Betrachtung: „Jene konsequenten Pazifisten aber, die glauben, mit der Vermeidung der Wehrpflicht werde auch die Pflicht zum Töten vermieden, leben in einer schönen Illusion. Man kann doch nicht ernsthaft daran zweifeln, daß beim Ausbruch eines Krieges sofort die allgemeine Wehrpflicht da wäre, und es würde den eingezogenen Männern dann wohl nicht leicht sein, um die Schießpflicht herumzukommen. Des kindlichen Traumes wegen, daß der deutsche Zivilist im Kriege Zivilist bleiben und dem Schießzwang entgehen werde, soll die Republik sich im Frieden nur von einem besoldeten Heer beschützen lassen.“

Herr Wolff zweifelt nicht daran, daß „beim Ausbruch“ eines Krieges sofort die allgemeine Wehrpflicht „da wäre“. Er erörtert in seinem Artikel mit nicht einem einzigen Federstrich, daß gegen den Ausbruch eines Krieges die gesamte anständige Welt sich zu wehren hätte, daß das Deutsche Reich den Krieg feierlich geächtet und damit diejenigen, die sich an ihm beteiligen, zu Verbrechern gestempelt hat. Wenn Verbrecher aber in Deutschland ein Gesetz einführen wollten zur Tötung von Menschen, so besteht ja vor allem die Möglichkeit, lieber diese Verbrecher

zu töten — wozu man kein Heer braucht, sondern nur eine anständige öffentliche Meinung. Aber die Ruhe, mit der hier ein Demokrat einfach vom „Ausbruch des Krieges“ spricht, beweist, daß er selber nicht zu denen gehören wird, die die Kriegsverbrecher zum Teufel jagen werden. Daran liegt das ganze Unglück nicht nur der deutschen Politik. Der Nationalismus hat selbst die Gelehrte der Leute ruiniert, die im Grunde ihres Herzens wohlwollend und nicht ungerecht sind. Als an ein besonderes Beispiel dieser Art erinnern wir an Friedrich Naumann, dessen ethisches Pathos sicher nicht erlogen war, und der trotzdem für seine nationalistischen Wahndeeen umstände war, ganze Völker ruinieren zu lassen, wie das Buch von Heinrich Vierbücher über Armenien erschütternd beweist.

Dieser Nationalismus, dieser verfälschte Gedanke der Solidarität muß geradezu als eine Volksseuche angesprochen werden, die schlimmer ist als alle Tuberkulose- und Geschlechtskrankheiten. Sie ruiniert nämlich unmittelbar die Denkfähigkeit und damit die Voraussetzung für die Verwirklichung der Gerechtigkeit. Es müßte eine Ehrenpflicht der Arbeiterbewegung sein, die in richtiger Voraussetzung das Grundprinzip der Internationalität des Kampfes um die Gerechtigkeit an die Spitze ihrer Aufrufe gestellt hat, gegen diese geistige Seuche Tag für Tag vorzugehen. Das ist um so wichtiger, als sie selbst in die Reihen der eindeutigsten Internationalisten hinein ihre Spuren gefressen hat, in die Reihen der kommunistischen Parteien. Wir stellen diese Mängel nicht etwa aus einer bloßen Nörgeleisucht an der kommunistischen Politik und noch mehr an der sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen heraus, sondern weil wir immer wieder sehen, daß ohne eine Ausbrennung dieses Uebels der Kopf nicht klar wird, — weder für eine freiheitlich liberale, noch gar für eine sozialistische Politik.

„Figaro“: „Riskiert man den Deutschen gegenüber nur einmal in der Unterhaltung eine Hypothese, so wird sie von ihnen gleich als eine Zusicherung aufgefaßt und als solche registriert.“

Immer stärker bricht sich die Ansicht Bahn, die zum Verständnis der internationalen politischen Lage wesentlich ist: Es wäre sehr schön, wenn man die deutsche Regierung auf dem Wege über Verhandlungen in Genf oder vor dem Haager Schiedsgericht dahin bringen könnte, von ihren militaristischen Bestrebungen abzulassen. Aber solche Verhandlungen haben gar keinen Zweck: Die Deutschen haben zur Genüge bewiesen, daß sie nicht die Absicht haben, sich an irgend welche Verträge zu halten. Sie versuchen nur, durch Schliche sich den von ihnen übernommenen Verpflichtungen zu entziehen. Man muß daher aufhören, die deutsche Regierung als Vertragspartner zu betrachten. Die allerschärfsten Maßnahmen sollten nach und nach gegen sie in Wirkung gebracht werden.

Daß dann in der chauvinistischen Presse, zum Beispiel im „Echo de Paris“, eine Untersuchung von seiten des Völkerbundes über die tatsächliche Bewaffnung Deutschlands gefordert wird, daß Herriot angerufen wird, er möge „als Chef und guter Franzose, der er sei“, ein entscheidendes Wort gegen die deutsche Militarrolle sprechen, ist klar. Und ebenso klar ist, was an Gegenvorschlägen angesichts solcher Sprache von deutschen Chauvinisten zu erwarten ist.

Die Haltung der französischen Sozialdemokratie ist ebenso unsicher, schwächlich und wirkungslos wie die der deutschen Bruderpartei. Im „Peuple“ findet sich täglich eine Wiederholung der alten Formel, daß Herriot sich von dem Einfluß des französischen Generalstabs freimachen und es mit der Abrüstung ernst nehmen solle. Was ist von solchen Ermahnungen zu erwarten, wenn ihre Verkünder selber die Abrüstungskonferenz der Sozialisten in Amsterdam sabotieren, den Teilnehmern des Kongresses mit dem Ausschluß drohen und einen Renaudot ehren, der von der Verteidigung der nationalen Ehre Frankreichs schwätzt.

Wer auf Grund dieser Situation in Frankreich und Deutschland die französische Antwortnote liest, hat als Sozialist die Aufgabe,

alles zu tun, um die Gefahr zu bändigen, die durch die augenblickliche Spannung zwischen Deutschland und Frankreich für die Lage des Proletariats geschaffen ist.

Diese Aufgabe ist um so dringlicher, als die Regierungen den Friedenswillen nicht eindeutig vertreten, als die Rüstungsinternationale längst auf dem Sprung steht, die Aufrüstung zu betreiben, und eine kühne und aufrichtige sozialistische Presse von Tag zu Tag einen schweren Stand hat, um in dem Chaos des nationalistischen Geschreis mit der Stimme der Vernunft überhaupt noch durchzudringen.

Die Bedrohung des Friedens.

Vor der Ueberreichung der französischen Antwort.

S. H. Die Tage zwischen der Veröffentlichung der deutschen Gleichberechtigungsnote und der Ueberreichung der französischen Antwort haben die ganze Hilfslosigkeit einer Politik des Rechts und der Verständigung enthüllt, der diese unter den gegenwärtigen kapitalistisch-nationalistischen Regierungssystemen ausgeliefert ist.

Nirgends bei führenden Staatsmännern oder Parteien ein gerader, zum Frieden führender Wille, nirgends in der führenden Presse ein beherrschendes Urteil, das von der eigenen Regierung Einschränkung der eigenen Freiheit verlangt, zu Gunsten einer Friedenssicherung für alle.

Die Zeitungen wimmeln von Leitartikeln, von Berichten über Ministersitzungen in Paris, über Botensendungen von Paris nach London. Ueberreichungsmethoden der französischen Antwort. Die drohende Gefahr einer allgemeinen Aufrüstung wird angedeutet, aber durch hoffnungsselige Reden, daß kein Staat den Krieg wolle, feige beschwichtigt; die unmittelbar drohende Gefahr eines Konflikts zwischen Deutschland und Frankreich, die dann entsteht, wenn Frankreich die Erörterung der Frage nach Genf verlegen will, die deutsche Regierung das Genfer Forum aber mit Entschiedenheit ablehnt, — wird überhaupt kaum erwähnt.

Die Staatsmänner halten sich gegenüber der Öffentlichkeit zurück. Was Herr von Schleicher denkt, weiß die Welt hinreichend, als daß er seinen Worten noch etwas hinzuzufügen brauchte, zumal, nachdem er in Elbing seinen Entschluß, sich die Handlungsfreiheit zu nehmen, wenn sie ihm nicht gewährt werde, öffentlich bekanntgegeben hat.

Herr Simon vom englischen Auswärtigen Amt hat den französischen Boten Marcel Roy ohne Antwort nach Hause geschickt. Die Öffentlichkeit hörte außerdem, daß ein Ministerrat in diesen Tagen in London nicht „fällig“ sei.

Und Herriot hat die Gelogenheit — deren Nutzung ihm die Presse empfahl, — bei der Enthüllung des Marne-schlacht-Denkmal eine große politische Rede zu halten, nicht ergriffen. Dem französischen Ministerpräsidenten, der ein „Patriot“ ist, die französische Sicherheitsthese verteidigt, wie nur irgendeiner seiner Vorgänger, aber kein Kriegshetzer sein will, ist sicher nicht sehr wohl zu Mute. Alle Welt starrt auf ihn, der durch die deutsche Regierung in die mißliche Lage versetzt worden ist, als Einzelner mit Deutschland verhandeln zu sollen — und er starrt hinüber zum Kanal, wo er vor acht Tagen auf den englischen Inseln noch eine freundliche Auferstehung der „Entente cordiale“ mit Chamberlain und Simon gefeiert hatte.

Ähnlich geht es ihm mit Amerika; kein ermunterndes Wort von Herrn Reed, dem amerikanischen Senator und Vorsitzenden des Heeresausschusses im Washingtoner Senat, der anlässlich der Marnefeier nach Paris gekommen war. In der Unterredung von 45 Minuten, in der Herriot dem Amerikaner seine Antwort an Deutschland auseinandergesetzt hat, hat dieser nur frostig erklärt, daß seine Regierung an der deutschen Gleichberechtigungsthese nicht sonderlich interessiert sei, Amerika sei nicht Unterzeichner des Versailler Vertrags und nicht Mitglied des Völkerbundes. Amerika rate nur sehr zur Abrüstung! Der Zusammenhang dieses Rats mit der Angolegenheit der Kriegsschuldenregelung (eine allgemeine europäische Abrüstung ist nach amerikanischem Willen hierfür Vorbedingung) war deutlich genug.

So ist es verständlich, daß Herriot am Sonntag bei der Enthüllung des Schlachtendenkmal seiner „Beunruhigung“ Ausdruck gegeben hat „angesichts des Lärms gewisser gefährlicher Kundgebungen“, daß er sich gewissermaßen selber gut zugeredet hat, „die notwendige Gemütsruhe“ zu bewahren, die ihn befähigen soll, „einen Aufruf der Versöhnung selbst an diejenigen zu richten, die die Franzosen so hart bekämpfen“.

In der Stunde vor der Veröffentlichung der französischen Antwortnote ist es gerade für die deutsche Öffentlichkeit wichtig, sich noch einmal mit der Stimmung in Frankreich zu beschäftigen, nicht, um daraus Erregung zu schöpfen und die hochgehenden nationalistischen Wogen in Deutschland noch höher gehen zu lassen, sondern um der Gefahr ins Auge zu schauen, die durch eine wechselseitige Erbitterung heraufbeschworen wird.

Die Franzosen sind der Ansicht, wie es auch der „Temps“ zum Ausdruck bringt,

daß praktisch das ganze deutsche Volk hinter der reaktionären Außenpolitik seiner Regierung steht. Die furchtbare Verantwortung, die für ein solches Urteil der deutschen Linkspresse vom „Vorwärts“ bis zur „Roten Fabne“ zufällt, tritt damit unverhüllt zu Tage.

Die am schwersten wiegende Sorge aber ist die, daß das Vorgehen der deutschen Regierung nicht nur den Eindruck einer verfehlten Taktik, sondern die Ueberzeugung der mangelnden Aufrichtigkeit und Zuverlässigkeit der Deutschen hervorruft, die diesem Volk in Frankreich jetzt schon bald als eine nationale Charaktereigenschaft nachgesagt wird. Die Berufung auf das Versagen der Abrüstungskonferenz wird in Frankreich nur als ein Vorwand angesehen, der Deutschland zur Erreichung der Wiederbewaffnung dienen soll. In bezug auf die beabsichtigten privaten Besprechungen sagt der

Krieg in Gran Chaco.

Im Gran Chaco fand am Freitag und Sonnabend die erste große Schlacht zwischen Bolivien und Paraguay statt, die 24 Stunden lang dauerte. Die Truppen Paraguays eroberten zwei Forts. Die Verluste waren auf beiden Seiten groß.

Wie aus Buenos Aires mitgeteilt wird, begann die Schlacht mit einem Angriff bolivianischer Truppen. Nachdem dieser Angriff von paraguayischen Truppen zurückgeschlagen worden war, gingen diese zum Angriff über. Auf beiden Seiten wurden schwere Artilleriewaffen und Bombenflugzeuge eingesetzt.

In Asuncion, der Hauptstadt Paraguays, werden Luftschutzvorbereitungen getroffen, da ein bolivianischer Bombenangriff befürchtet wird.

Die Regierung von Paraguay beabsichtigt, den Völkerbund zu benachrichtigen, daß Bolivien den Krieg

ohne vorherige Kriegserklärung begonnen habe und Paraguay in Zukunft von seinem Recht auf Verteidigung Gebrauch machen werde.

„Ein für den Frieden gefährlicher Zustand.“

Angesichts der Verschärfung des Konflikts zwischen Paraguay und Bolivien hat der amtierende Präsident des Völkerbundes, Mats, die beteiligten Regierungen ersucht, innerhalb kürzester Frist dem Völkerbundsrat über diejenigen Maßnahmen zu berichten, die sie zur Beendigung des für den Frieden gefährlichen Zustandes ergreifen wollen. Der Ratspräsident drückt in seinem Telegramm die Hoffnung aus, daß die beiden Regierungen beruhigende Mitteilungen machen würden und weist mit großem Nachdruck auf die Verpflichtungen aus dem Völkerbundsvertrag hin.

Mandschurei-Autonomie und chinesische Oberhoheit

Die Europäer ziehen sich aus der Affäre.

Nach Meldungen, die aus japanischen Regierungskreisen stammen, ist die Lytton-Kommission, die im Auftrag des Völkerbunds die Mandschurei bereist hat, in ihrem abschließenden Gutachten zu dem Vorschlag gekommen,

die Mandschurei für autonom zu erklären, der chinesischen Regierung aber — jedenfalls dem Namen nach — eine gewisse Oberhoheit zuzuerkennen.

Die Kommission erkannte an, daß eine Wiederherstellung des staatsrechtlichen Zustandes, wie er vor den japanisch-chinesischen Kämpfen bestanden habe, nicht mehr möglich sei, sie verwurfe aber jede Annektion durch Japan und die Errichtung eines japanischen Protektorats über die Mandschurei — wenn auch nichts dagegen einzuwenden sei, daß die mandschurische Regierung sich japanische Berater anstelle.

Der neue Staat solle zunächst entmilitarisiert werden; für die innere Sicherheit solle eine Polizei sorgen, die aus Eingeborenen gebildet sei und unter dem Kommando ausländischer Offiziere stehe.

Der Bericht gehe dann — so heißt es in dieser Meldung weiter — auf

die Forderung der „Offenen Tür“

ein: Der mandschurische Staat solle die völlig gleiche Behandlung aller Ausländer, die in der Mandschurei ihre Geschäfte treiben, garantieren.

Sollte diese Wiedergabe des Lytton-Berichts seinen Inhalt richtig darstellen — die Nanking-Regierung rät solchen Meldungen gegenüber zur Vorsicht —, dann hat die Kommission ihr Gewissen den chinesischen Ansprüchen gegenüber mit der billigen Verleihung eines bloßen Titels beschwichtigt; Japan hat den Einfluß erhalten, den es verlangt, und die Europäer ziehen ab mit der Zusicherung ungestörter Handelsgelegenheiten in der Tasche, als dem Preis für ihre Vermittlertätigkeit.

Die japanische Regierung läßt sich allerdings nicht einmal auf die in diesen Bericht skizzierten Bedingungen ein: Von seiten der Regierung ist zu diesen Meldungen erklärt

worden, daß die demnächst erfolgende Anerkennung des mandschurischen Staates seitens Japans die Frage einer wenn auch nur nominellen Oberhoheit Chinas über die Mandschurei erledige.

Die bevorstehende Anerkennung des mandschurischen Staates durch Japan hat die Truppen der chinesischen Freischaren veranlaßt, zu einem neuen Angriff gegen die Hauptstadt der Mandschurei, Tschangtschun, vorzustößen. Die japanischen und mandschurischen Streitkräfte sind in der Hauptstadt zur Gegenwehr mobilisiert worden.

Ende vergangener Woche sind 5000 japanische Polizeibeamte in Tschangtschun eingetroffen, die die Organisation des mandschurischen Polizeidienstes übernehmen sollen. In erster Linie sollen sie die Bewachung des Oberhauptes des mandschurischen Staates, Puji, übernehmen.

Die Ausgleichung des japanischen Budgets bereitet dem japanischen Finanzminister äußerst große Schwierigkeiten. Besonders infolge der militärischen Expeditionen wird für das Budget 1932/33 ein Mehrbetrag von 560 Millionen Mark benötigt, während mit einer Verminderung der Einnahmen um 245 Millionen Mark zu rechnen ist. Der Finanzminister teilte mit, daß in diesem Jahr keine Gelder für wirtschaftliche Belegungsmaßnahmen verfügbar gewesen seien. Die Wirtschaftslage in Japan sieht sehr ernst aus, einmal auf Grund des chinesischen Boykotts, und dann infolge einer völligen Mißernte.

Die chinesische Regierung hat die Regierungen Englands, Frankreichs und der USA. benachrichtigt, daß sie die in diesem Monat fälligen Zahlungen für die China gewährte Auslandsanleihe nicht aufbringen könne. Da die Salzzölle, die die Sicherheit für die Anleihe bilden, in der Mandschurei von Japan beschlagnahmt worden sind, schiebt die chinesische Regierung die Schuld an ihrer Zahlungsunfähigkeit Japan zu.

Wir treten mit Beten . . . zum englischen Gewerkschaftskongreß.

Zur Zeit tagt in England der allgemeine Gewerkschaftskongreß. Er ist bereichert worden durch die nachstehende Mitteilung:

„Gottesdienst für Gewerkschafter.“

In diesem Jahre ist zu den Veranstaltungen, die im Zusammenhang mit dem Gewerkschaftskongreß stattfinden, eine neue Einrichtung hinzugekommen. Außer dem Gottesdienst, der unter Aufsicht der Industriellen Christlichen Bruderschaft (I. C. F., Industrial Christian Fellowship) steht, werden in Whitefield's Tabernakel in London am Sonntag vor der Eröffnung des Newcastler Gewerkschaftskongresses besondere Gottesdienste für den „Gewerkschaftssonntag“ abgehalten werden.

Sowohl bei dem Morgen- als auch bei dem Abend-Gottesdienst in Whitefield wird der Geistliche Belden eine besondere Predigt halten, die von Arbeiterproblemen handelt. . . . Allen Gewerkschaftern ist eine herzliche Einladung für diese Gottesdienste zugegangen.

Zu den Veranstaltungen des Kongresses in Newcastle gehört auch eine Hochmesse in St. Mary's Cathedral (katholisch) und ein Sondergottesdienst der I. C. F. in der Newcastler Kathedrale (Englische Hochkirche). . . .

Ein großer und weittragender Erfolg, den hier die Kirchen dank jahrzehntelanger zäher Arbeit errungen haben!

Es sind nicht in erster Linie die Gottesdienste, die uns angesichts dieser Erfolge mit Sorge erfüllen. Sie sind nur der Ausdruck eines viel tiefer reichenden Einflusses, den die Kirchen in den Reihen der Gewerkschaften gewonnen haben.

Worauf erstreckt sich dieser Einfluß? Das Ziel der Christlichen Bruderschaft (I. C. F.) ist die Durchdringung des gesamten sozialen Lebens mit den Grundsätzen des Evangeliums. Der beherrschende Grundsatz, dem die Kirche Anerkennung verschaffen will, ist der des Wirtschaftsfriedens: Die Kirche als Friedensvermittlerin zwischen Unternehmern und Arbeitern.

Im Jahre des großen englischen Generalstreiks, 1926, schrieb damals die „Frankfurter Zeitung“ in einem viel beachteten Artikel:

„Die Industrial Christian Fellowship, welcher der Erzbischof von Canterbury präsidiert, veröffentlicht zwei interessante Aufrufe, die ein Bekenntnis zum Christentum und die Aufforderung enthalten, den christlichen Gedanken im industriellen Leben durchzuführen, um den Materialismus zu bekämpfen. Das Ziel sei, an alle Streitfragen der Industrie, Politik und überhaupt des ganzen politischen Lebens im Geiste der *Versöhnlichkeit* heranzutreten. Einer dieser Aufrufe trägt die Namen zahlreicher führender Industrieller, während gleichzeitig 150 Namen führender Labour-Politiker, und zwar eine große Zahl der radikalsten daneben vortreten sind. Außer MacDonald, Clynes, Henderson, Snowden schließen sich dieser Erklärung Radikale an wie Purcell, Lansbury, Bavin, Cook und Tillet. Dieser Aufruf zur Mäßigung und Friedfertigkeit ist anlässlich des bevorstehenden industriellen Konfliktes besonders interessant.“

Er ist mehr als „interessant“. Er deckt eine der Ursachen auf, an denen jener Generalstreik scheiterte. Die Parole des „Wirtschaftsfriedens“ feierte ihre Triumphe. Sie wurde aufgegriffen und weitergeführt von Sir Alfred Mond, dem Beherrscher des englischen Chemietrustes. Er hat es zu Wege gebracht, daß viele einflußreiche Gewerkschaftsführer es mit den „Round-Table“-Konferenzen probierten.

Mond ist tot, aber die I. C. F. führt seine Politik fort. Am 24. April 1932 hat die I. C. F. einen Aufruf zur friedlichen Zusammenarbeit zwischen Unternehmern und Arbeitern erlassen, der von 12 Mitgliedern des Generalrats der Gewerkschaften unterzeichnet war. Da der Generalrat insgesamt aus 26 Mitgliedern besteht und dieser Aufruf neben ähnlichen von katholischer Seite steht, die auch von Gewerkschaftsführern

unterstützt werden, kann man annehmen, daß über die Hälfte der Vorstandsmitglieder des Gewerkschaftskongresses mit der Kirche sympathisieren.

Die Tätigkeit der katholischen Kirche in den Arbeiterorganisationen ist nicht unmittelbar *wirtschaftspolitischer* Art. Ihre Methoden erkennt man am besten aus einem Brief, den der katholische Bischof von Salford im Jahre 1910 an den Gewerkschaftskongreß gerichtet hat. Darin heißt es:

„Vor vier Jahren begann der Kampf innerhalb der organisierten Arbeiterschaft gegen die Forderung der weltlichen Erziehung. . . . Wir stellen mit Freude den Erfolg unserer Tätigkeit bei dem Bergarbeiter-Verband und die veränderte Stellungnahme des Textilarbeiter-Verbandes fest.“ Anknüpfend an die politische Tätigkeit der Labour Party und der Gewerkschaften heißt es in dem Brief weiter: „Die Forderung weltlicher Erziehung muß aus dem Programm gestrichen werden, wenn seine moralische und finanzielle Unterstützung durch katholische Arbeiter auch in Zukunft gewährleistet sein soll.“

Die Katholiken haben nicht an den Straßenecken ausposaunt, daß das Ziel ihrer Gewerkschaftsarbeit die Erreichung katholischer Ziele ist. Sie haben im Geheimen und mit Ausdauer gearbeitet. Schon 1906 fand Keir Hardie, der Gründer der englischen Arbeiterpartei, daß innerhalb der Parlamentsfraktion der Labour Party außerordentlich große weltanschauliche Unterschiede bestanden, die bis heute von allen Mitgliedern für selbstverständlich gehalten werden. Obgleich in der Labour Party Fraktionszwang beschlossen werden kann, wenn es sich um politische Angelegenheiten handelt, haben Abgeordnete immer noch die Möglichkeit, gegen ihre eigene Partei zu stimmen, sobald es sich um „Gewissensfragen“ handelt. Die Labour Party hat in ihrem Wunsch, die Zahl ihrer Wähler zu vergrößern, mehr und mehr ihre ursprüngliche Politik aufgegeben, um

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Köln-Dellbrück: Dienstag, 13. September, 20.15 Uhr, im Lokal Rinke, Berg-Gladbacher Str. 1064. Thema: „Kampf gegen Papen-Notverordnung und Wirtschaftskrise.“

Köln-Deutz: Donnerstag, 15. September, 20.15 Uhr, im Lokal Arenz, Siegburger Straße 60. Thema: „Kampf gegen Papen-Notverordnung und Wirtschaftskrise.“

Köln-Sülz: Mittwoch, 14. September, 20.15 Uhr, im Lokal Jos. Fernholz, Zülpicher Str. 320. Thema: „Kampf gegen Papen-Notverordnung und Wirtschaftskrise.“

Raschau: Donnerstag, 15. September, abends 8 (20) Uhr, in der Sporthalle. Thema: „Die Reaktion marschiert! Die Arbeiterschaft . . .“

Freie Aussprache! Eintritt freil

„Sondergericht und Menschenrechte.“

Deutsche Liga für Menschenrechte EV, Ortsgruppe Berlin-Westen I (Charlottenburg, Spandau), veranstaltet am Mittwoch, dem 14. September, 20.15 Uhr, im Klubhaus am Knie, Berliner Str. 27, einen Ortsgruppenabend, an dem

Herr Dr. Rudolf Olden über das Thema „Sondergerichte und Menschenrechte“ referieren wird. Gäste können eingeführt werden.

Deutsche Friedensgesellschaft, Bezirk Ost.

Mittwoch, den 14. September, 20.15 Uhr, in der „Patzenhötter-Klausur“, Frankfurter Allee 17, Diskussionsabend, Frau Dr. Ehrenrieber spricht über ihre Studienreise durch Sowjet-Rußland. Gäste willkommen.

die Forderungen der Katholiken zu befriedigen, und sie ist katholischen Einflüssen gegenüber immer toleranter geworden. Die Katholiken sind mit dem Erfolg ihrer Arbeit so sehr zufrieden, daß Kardinal Bourne erklärte:

„In England geschieht heute nichts ohne und nichts gegen uns.“

Und das, obwohl es in England höchstens drei Millionen Katholiken gibt, also nur jeder fünfzehnte englische Staatsbürger katholisch ist!

Daß die katholische Kirche sogar in die sozialistische Arbeiterbewegung eindringen konnte, verdankt sie ihrer äußerst geschickten Arbeit: sie hat z. B. nicht angefangen mit der Gründung christlichen Gewerkschaften; sie hat erkannt, daß sie mehr Einfluß gewinnt, wenn ihre Mitglieder innerhalb der freien Gewerkschaften arbeiten.

Das Bestehen des katholischen Einflusses stellt eine dauernde Bedrohung jedes gewerkschaftlichen Kampfes dar, und zwar vor allem wegen ihres Verhaltens zum Streik. Zur Zeit des Generalstreiks 1926 rief „The Tablet“, eine katholische Wochenschrift, „alle guten Bürger auf, der Regierung beizustehen; die die gesetzliche Obrigkeit im Lande sei und daher, in ihrem eigenen Gebiet, den Willen Gottes darstelle“. In einer Streiknummer des „Tablet“ veröffentlichte der Kardinal einen Aufruf an die katholischen Arbeiter, in dem es hieß:

„Ueber den Kohlenkonflikt können sich Katholiken, wie gewöhnlich, ihre eigene Ansicht bilden;

aber über den Generalstreik haben wir die Worte unseres geistlichen Führers gehört, und wir wissen, daß der Streik im Widerspruch steht zu den Lehren der katholischen Kirche.“

Doch es liegt nicht lediglich an der Geschicklichkeit der Kirche, daß die Arbeiterbewegung unter christlichen Einfluß geraten ist. Es liegt auch daran, daß die Freidenker versäumt haben, ihr einen genügenden Widerstand entgegenzustellen. Sie haben sich damit zufriedengegeben, die christliche Weltanschauung anzugreifen und haben darüber die christliche Politik vergessen. Gerade auf Grund der Politik ist sie zur Macht gelangt.

Der Fehler, die katholische Politik unberachtet zu lassen, ist allgemein in England. Selbst Sozialisten erkennen nicht, daß die Kirche auf seiten der Kapitalisten steht und diese unterstützt. Und wenn die Arbeiter auch im allgemeinen nicht selber in die Kirche gehen, so bekämpfen sie sie doch nicht, ja, sie unterstützen sie sogar zumeist noch, indem sie ihre Kinder in die kirchliche Sonntagsschule schicken. Viele Arbeiter fühlen sich aus sentimentalen Gründen mit irgend einer Art Religion, und darum mit der Kirche, verbunden. Ihnen fehlt die geistige Schulung, die Gefährlichkeit der Kirche richtig einzuschätzen; darum werden sie nicht zu wirksamen Freidenkern. Darum konnte die englische Arbeiterbewegung von dem Geist der Toleranz erfaßt werden, der seinen Ausdruck findet in den Worten von Baldwin, dem sonntäglichen Kirchgänger und dem Führer der Konservativen:

„Wenn wir unsere Gegner nichts anderes gelehrt haben, so haben wir ihnen doch beigebracht, daß sie, wenn ihnen daran liegt, im englischen Volk Anklang zu finden, Ordnung über die Anarchie stellen müssen; langsame Entwicklung über Gewaltanwendung, Entschädigung über Enteignung. Sie müssen sich kleiden wie Engländer, und Karl Marx, anstatt auszusehen wie ein deutscher Jude, muß das Gesicht eines protestantischen Pfarrers bekommen oder das eines englischen Gewerkschaftsführers.“

George Groen (London).

Der Vorsitzende des englischen Gewerkschaftskongresses, John Bromley, sagte in einer öffentlichen Versammlung in Newcastle: es gäbe seiner Ansicht nach noch genügend Menschen, die Glauben und Vertrauen zu den Kirchen besitzen; wenn die Kirchen mit einem dringenden Aufruf hervorgetreten wären, hätten sie den Völkerbund so stärken können, daß er statt einer Ansammlung von Diplomaten jetzt wirklich ein Völkerbund sein könnte.

Der Kaiser ging — die Generäle blieben.

THEODOR PLIVIER.

Der Werkportier sieht die Menge herankommen. Er hakt die schweren Gittertüre los und schlägt sie zu, — den Riegel bringt er nicht mehr vor: mit der eindringenden Masse schwingen die Türen wieder auf. Die Stoßtrupps dringen in das Haus ein, laufen über die Höfe, die Treppen hoch und rufen in die Arbeitssäle hinein: „Schluß! Feierabend! Auf die Straße! Schließt euch an!“

Die Arbeiter warten seit Tagen auf diesen Ruf. Sie rücken die Transmissionen aus und legen ihre Arbeit hin. Wo das nicht schnell genug gemacht wird, bringen die eingedrungenen Obleute die Maschinen selbst zum Stehen. Die Gänge und Treppen füllen sich mit Menschen. Langsam fängt es an, aus dem Werkort herauszuquellen. Immer voller wird der Strom.

Weitere 3000 Arbeiter gehen auf die Straße. Aber die Schwarzkopf-Arbeiter aus der Scheringstraße, die nach dem Plan die Belegschaft des großen Fabrikblockes in der Voltastraße herauszuholen hatten und hier in den Zug einmünden sollten, sind noch nicht eingetroffen.

Eine kurze Beratung der Führer: „Warten können wir nicht!“ „Wir müssen hin und sehen, was los ist!“ „Also los nach der Voltastraße!“ Die neue Parole wird weitergegeben: „Auf nach der AEG Voltastraße!“

Auf fünftausend Mann ist der Zug jetzt angewachsen, an der Spitze und an den Flanken marschieren die bewaffneten Stoßtrupps. Nur zweiundzwanzig Revolver und einige Dutzend Handgranaten führen sie mit sich. Ein Marschlied wird angestimmt, aber der Versuch bleibt im Absatz stecken. Mit ernst, fast mit bekümmerten Gesichtern trotten die Reihen hintereinander her. Einzelne Rufe unterstreichen die Stille noch, die über den Kolonnen liegt.

„Der Klobel!“ schreit einer und hebt seine Faust. Der am Thron klebende Wilhelm II. ist gemeint. „Nieder!“ antwortete ein halbes Hundert Stimmen. „Weg die Brotkarten!“ „Weg mit Scheidemann!“ „Nieder, nieder . . .“

Die „AEG“ in der Voltastraße, ein von Ruß und Staub überzogener langgestreckter Backsteinbau mit blinden Fenstern, die von einer durcheinander quirlenden, unübersichtbaren Volksmenge unlagert. Schon seit dem frühen Morgen ringen die aus der Scheringstraße gekommenen Arbeiter um die sechstausendköpfige Belegschaft dieses Betriebes. Ulrich und Thost mit ihrem Anhang, Habersaath mit den Spartakusgenossen, sind immer wieder durch die Abteilungen des Werkes gelaufen.

Teile der Belegschaft sind herausgekommen. Aber der größte Teil ist dringeblichen. In einigen Sälen stehen die Maschinen schon still, in anderen Abteilungen wird weiter gearbeitet. Am hartnäckigsten weigern sich die Schmiede, ihre Arbeit zu verlassen und sich dem Zug anzuschließen.

„Die wollen nicht, die sagen, sie gehen nicht!“ „Mit'm Hammer woll'n sie uns vor'n Kopp hauen!“ „Ueberhaupt, da is' oiner . . .“ „So'n dicker Grauköpplger!“ „Der Vertrauensmann von der SPD!“ Habersaath trifft den eben angekommenen Laukant: „Wir können nicht länger warten, — wozu haben wir die Waffen? Los, Gustav, komm du doch mal mit, versuch's du doch mal!“

Während ein Teil der von der Ackerstraße gekommenen Obleute noch einmal die Säle durchkümmt, um die Zögern den anzuofern, zieht Laukant mit den anderen vor die Schmiede, die von ganzen Haufen unlagert wird.

Die Schmiede haben ihre Arbeit hingelegt. Im Schein der niedrig brennenden Feuer stehen sie und roden für und gegen den Anschluß an die Demonstration: Kräftige Gestalten, die meisten sind von der Front Reklamiererte, die mehr zu verlieren haben als andere, die nicht mehr für die Schützengraben taugen.

Und sie zweifeln am Erfolg der Bewegung. „Blutige Köpfe holen, weiter nischt!“

„Das kann gleich hier los gehen!“ sagte der grauköpfige Vertrauensmann der SPD, der Schmied Lange, und wirft einen bösen Blick nach der Tür.

„SPD und USP und nu' noch Spartakus, — ja, wenn die Arbeiter einig wären!“

„Wenn sie in der Partei geblieben wären!“ Die draußen stehenden Haufen johlen.

„Mit Minister Scheidemann!“

„Und mit Ebert, der hat ja jetzt noch nicht genug!“

„Da hört der Krieg doch überhaupt nicht mehr auf!“

„Wer reinkommt, kriegt mit'm Hammer!“ sagte Lango wieder.

Dann schlägt er aber doch nicht zu, — für so einen braucht er keinen Hammer, so einen trägt er mit gestrecktem Arm raus und setzt ihn auf dem Hof wieder ab.

Habersaath steht vor ihm. „Ein oller Dussel bist du!“

„Recht hat er“, mischt sich ein Helfer ein.

„Dussel sage ich nur, eigentlich bist du ein Arbeiterverräter!“

Arbeiterverräter? Wilhelm Lange, zweiundzwanzig Jahre Parteigenosse, Betriebsvertrauensmann, Schriftführer der Zahlstelle, Kassenrevisor des Verbandes für Freidenkertum und Feuerbestattung, zweiter Vorsitzender des Sparvereins „Volle Büchse“, Mitglied des Komitees für Kleintierzucht im Kleingartenverein „Einigkeit III“, Genosse Lange, ein Arbeiterverräter? Und das sagt so oiner, so ein Rotzunge. Lango muß sich erst sammeln. Aber dann packt er zu. Mit einer schnellen Bewegung hat er Habersaath am Kragen und schwingt ihn herum. Doch ebenso schnell mischen sich vier oder fünf andere ein und reißen die beiden auseinander.

„Der geht aber ran!“ schnauft ein Obmann.

„Na, Kollegen, haut euch doch nicht noch!“

„Dazu sind wir auch nicht hergekommen, aber nu' packt doch endlich eure Klamotten zusammen und kommt mit.“

(Fortsetzung folgt.)

Das ist das Lied vom täglichen Brot.

Verschleppungsmanöver der Unternehmer.

Nach Bekanntgabe der Ergebnisse der Urabstimmung der englischen Spinner über die Frage der Niederlegung der Arbeit zur Verhinderung des von den Unternehmern geforderten Lohnabbaus, haben die Arbeitgeber erklärt, sie wollten die Lohnkürzungen noch um einen Monat (bis zum 17. Oktober) verschieben, um Zeit zu neuen Verhandlungen zu gewinnen. Wahrscheinlich glauben die Unternehmer, daß bis dahin der Weberstreik, vielleicht ohne großen Erfolg, beendet und daher der Kampfgeist der Spinner weniger groß sein wird, als er es jetzt ist.

Wir empfehlen den englischen Spinnern, sich darauf keinesfalls einzulassen, sondern den angekündigten Streik durchzuführen, falls die Unternehmer sich nicht für länger als einen Monat zur Beibehaltung der Löhne verpflichten. Zwar sind derartige Unternehmerpflichtungen keinesfalls eine völlige Sicherung, daß der Kampf nicht doch zu einem für die Unternehmer günstigeren Zeitpunkt vom Zaun gebrochen wird; aber sie sind immerhin etwas besser als die jetzige, geradezu unverschämte Mittoilung, die Kürzung um vier Wochen zu verschieben. Die Arbeiter müssen dafür sorgen, daß sie den für sie günstigen Zeitpunkt zum Kampf nicht ungenutzt verstreichen lassen.

Der Fonds, der vom Gewerkschaftskongreß zur Unterstützung der streikenden Weber eingerichtet worden ist, enthält schon 13000 Pfund. Die Labour Party hat beschlossen, sich auch an der Sammlungsaktion für die Streikenden zu beteiligen.

Arbeitsbeginn in Belgien

Die Telegraphen-Union berichtet, daß die Wiederaufnahme der Arbeit in den belgischen Kohlengruben große Fortschritte macht. In Charleroi sollen 50, im Zentralrevier sogar 90 Prozent der Arbeiter bereits eingefahren sein.

„Der Klassenkampf“, das Magdeburger KP-Organ, gibt folgenden Bericht über die Art, in der der Beschluß des Brüsseler Bergarbeiter-Kongresses, die Arbeit wieder aufzunehmen, zustande gekommen ist:

„Es stellt sich jetzt heraus, daß die von den reformistischen Führern unter den Bergarbeitern organisierte Urabstimmung auf das größtenteils verfehlt wurde. So wurde z. B. der Bergarbeitergewerkschaft von Jemappes (Borinage), die sich einmütig gegen die Vorschläge des Arbeitsministers Heyman ausgesprochen hatte, das Delegiertenmandat zum außerordentlichen Bergarbeiterkongreß verweigert. In den Gewerkschaften des zentralen Kohlenreviers wurde vor der Urabstimmung die Frage folgendermaßen gestellt: „Die Gewerkschaftskassen sind leer. Wir können mithin keine Streikunterstützung mehr auszahlen; also, beschließt, was ihr wollt!“. In den Gewerkschaften von Charleroi und Umgebung hatten sich die Bergarbeiter bei der Urabstimmung gegen die Annahme der Vorschläge Heymans ausgesprochen. Daraufhin nahmen die örtlichen Führer eine zweite Abstimmung durch Handaufheben vor, ohne dies zu begründen, und legten das so erprobte Ergebnis als günstig für die Arbeitswiederaufnahme aus. In anderen Gewerkschaften verließen die Bergarbeiter angesichts dieser schwachvollen Manöver ihrer Führer die Versammlungen, worauf dann die noch anwesenden Ortsführer beschlossen, daß die „Gewerkschaftsgruppe sich für die Annahme der Vorschläge des Arbeitsministers ausspricht“.

Angesichts der Tatsache, daß die Führer des belgischen Bergarbeiterverbandes eigentlich seit Beginn des Kampfes der Arbeiter nichts anderes getan haben, als Mittel und Wege ausfindig zu machen, den Streik abzuwürgen, sind ihnen solche Methoden gewiß zuzutrauen, wenn es auch leicht möglich ist, daß der Bericht des „Klassenkampf“ von den Kommunisten etwas übertrieben ist.

Niederlage der oberschlesischen Arbeiter?

In den Schlichtungsverhandlungen zwischen den Direktoren und Arbeitern der Kattowitzer A.-G. versuchte der Vorsitzende, es zu folgender Kompromißlösung kommen zu lassen: die Streiktagelöhne sollten nicht bezahlt werden, dafür sollten die Arbeiter aber eine Entschädigung für die verspätete Auszahlung der Löhne erhalten. Über die Höhe dieser Summe konnte keine Einigung erzielt werden. Die Vertreter der Arbeiter haben an den Arbeitsminister appelliert, die Entscheidung über den Schiedsspruch zu fällen.

Am Sonntag hat ein allgemeiner Betriebs- und Angestellten-Kongreß der gesamten oberschlesischen Schwerindustrie in Kattowitz stattgefunden. Über die Frage, ob der Schiedsspruch angenommen werden sollte, herrschte keineswegs Einigkeit. Mehrere Betriebe sind für sofortige Wiederaufnahme der Arbeit, und sie haben beschlossen, danach zu handeln, unabhängig von der Entscheidung der Belegschaften anderer Werke.

Dadurch ist die Einheitsfront der Arbeiter ernstlich ins Wanken geraten.

Wenn der Streik nur in einzelnen Betrieben fortgesetzt wird, ist auf einen weiteren Erfolg der Arbeiter nicht mehr zu rechnen.

Internationale Solidarität der Seeschiffer.

In Rotterdam hat eine Sitzung des Vorstandes der Internationalen Vereinigung der Offiziere der Handelsmarine stattgefunden, an der Vertreter aus acht Ländern teilgenommen haben. In einer Entscheidung wurden die streikenden Offiziere der holländischen Seeschiffahrt der Sympathie ihrer Kollegen in anderen Ländern versichert. Außerdem sollen die der Internationalen Vereinigung angeschlossenen Organisationen aufgefordert werden, die streikenden Seeleute finanziell zu unterstützen.

Auf dem englischen Gewerkschaftskongreß in Newcastle fanden Besprechungen zwischen Vertretern der streikenden Seeleute und des englischen Transportarbeiter-Verbandes statt. Es soll verhindert werden, daß holländische Reedereien ihre Schiffe unter englischer Flagge fahren lassen, um dadurch die holländischen Seeleute zur Annahme schlechterer Arbeitsbedingungen zu zwingen.

Verantwortl. Schriftf. W. Eickler, Berlin. Abz. R. Lippmann, Berlin. Verl. Internationale Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8 a. Tel. 27 Janowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei und Verlag GmbH, Berlin SO 26, Elisabethufer 28/29.

Dieses Zeichen internationaler Solidarität ist ein weiterer Beweis dafür, daß auf dem englischen Gewerkschaftskongreß bisher der Kampfgeist die Oberhand gewonnen hat.

Während die Arbeitnehmer der Handelsmarine ihre Stellungen durch bessere organisatorische Maßnahmen befestigen, brechen die Unternehmer ihre Organisationen ab, um mehr Bewegungsfreiheit zu haben. Eine ganze Anzahl von Reedereien sind aus der holländischen Reedervereinigung ausgetreten, weil sie nicht an die Beschlüsse des Verbandes gebunden sein wollten.

Die Internationale Transportarbeiter-Föderation berichtet, daß kein einziger Seemann Arbeit auf den Schiffen annimmt,

die in den Konflikt verwickelt sind. Darum konnte z. B. die „Volendam“, die schon mit Passagieren voll besetzt war, die Fahrt nach New York nicht antreten. Die Passagiere sollten dann von der „Rotterdam“ mitgenommen werden, auf der aber die Mannschaft den Dienst verweigerte. Uebrigens sind die wegen Meuterei verhafteten Seeleute der „Rotterdam“ wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

Erfolgreicher Streik.

(I. T. F.) Laut Nachricht des der I. T. F. angeschlossenen Transportarbeiterverbandes in Gdingen ist auch der polnische Seeleutestreik beendet, nachdem schon vorher eine vorläufige Regelung für die Hafnarbeiter zustande gekommen war, wodurch

die Hafnarbeiter eine Lohnerhöhung von 5 Prozent und die Kranführer eine solche von 10 Prozent

erhielten. In der Nacht vom 6. auf den 7. September haben die Vertreter der Reeder und Seeleute ein Uebereinkommen unterzeichnet, wonach die bisherigen Arbeitsbedingungen bis 1. Januar 1933 Geltung haben sollen. Dies ist ein schöner Sieg für unsere Organisation und bedeutet, daß

die ursprünglichen Forderungen der Reeder auf eine Lohnherabsetzung von 10 bis 15 Prozent erfolgreich zurückgewiesen worden sind.

Wir hatten bereits vor einigen Tagen kurz über die Wiederaufnahme der Arbeit im Gdinger Hafen berichtet.

Der erste Erfolg der Vierhundertmark-Prämie.

Die Vereinigten Stahlwerke setzen zum 1. Oktober zwei stillgelegte Betriebe wieder in Gang: das Zentralfabrikationswerk der alten Hütte und die Grube Petersbach.

Wie billig ein Arbeiter nach der neuesten Papeh'schen Abbauperordnung die Unternehmer zu stehen kommt, haben wir neulich an einigen Beispielen ausgerechnet.

Der Tarifvertrag im Rheinisch-Westfälischen Zementgewerbe ist von den Arbeitgebern gekündigt worden. Um zu verhindern, daß Kollektivverhandlungen stattfinden und tarifliche Uebereinkommen abgeschlossen werden, hat der Arbeitgeberverband beschlossen, sich aufzulösen. Die Regelung der Arbeitsbedingungen muß jetzt also von Werk zu Werk erfolgen, wobei die Unternehmer — leider mit Aussicht auf Erfolg — hoffen, ihr Schäffchen noch besonders scheren zu können.

Der Sieger im diesjährigen Europa-Rundflug, der Pole Zwirko, ist am Sonntag morgen mit seinem Flugzeug abgestürzt und hat dabei den Tod gefunden. Das Unglück ist dadurch entstanden, daß Zwirko, der zu einem neuen Flugwettbewerb aufgestiegen war, in einen Wirbelsturm geriet, in dem der linke Flügel seiner Maschine abbrach. Es war dieselbe Maschine, mit der er die Meisterschaft im Europaflug gewonnen hatte.

Achtung! Gartenbesitzer!

Lassen Sie Ihr Obst zu naturreinem Saft (Süßmost) verarbeiten, dann haben Sie während des ganzen Jahres immer frisches Obst in flüssiger Form.

Aufklärende Prospekte kostenlos durch

Frischkost-Obstverwertung
MAGDEBURG
Otto-von-Guericke-Str. 104

Sie brauchen einen neuen Wintermantel!

Legen Sie Wert auf Haltbarkeit?
Dann kommt nur Maßarbeit für Sie in Frage.
Achten Sie auf saubere Arbeit?
Dann lassen Sie nur arbeiten bei
R. SCHONHEIT
Herren- u. Damenmoden
Magdeburg, Otto v. Guerickestr. 104, H. 1

Oberhemdenstoffe, Tricoline, Flanelle, Oxfords

günstige Posten Maccotuch
kauft man gut und billig bei

Kurt Levy,
Berlin O 112, Scharnweberstr. 16/17

BERLIN
KAMERA
Unter den Linden 14 — A1 Jäger 2987.
12. Sept.: Menschenarsenal.
Die Affen von Suchum.
Ab 13. Sept.: Max Hansen, Jenny Jugo.
„Wer nimmt die Liebe ernst“
Tonlustspiel.
Fox tönende Wochenschau.
Anfangszeitung: 17, 19 und 21 Uhr.

Das Saargebiet.

Im Rampenlicht des Nationalismus.

Am Sonntag fand in Koblenz die 12. Tagung des Bundes der Saarvereine statt. Die Beteiligung aus dem ganzen Reich war stark, die Feier von Anfang bis Ende schwarz-weiß-rot aufgemacht. Zahlreiche Glückwunschtelegramme und Begrüßungsschreiben waren aus Regierungskreisen eingelaufen, von Hindenburg, Papen („Da ich selbst einer der Ihrigen bin, . . .“), Neurath, Bracht, Warmboldt, vom Bayerischen Landtag, dem Senat Hamburgs und selbstverständlich auch vom oldenburgischen Staatsministerium. Alle diese offiziellen Schreiben sind auf den Ton gestimmt: . . . der Wunsch, der in jedes Deutschen Seele lebt: . . . Wiedervereinigung des Saargebiets mit dem gesamten deutschen Vaterland.“

Offenbar beschwingt durch die Billigung und Unterstützung, die das Treiben der Saarvereine angeblich im „ganzen deutschen Volk“, jedenfalls aber bei seiner Regierung fand, gingen die privaten Festredner weit über die Proklamierung dieses Wunsches nach Wiedervereinigung hinaus. Wo nur immer nationalistische Konfliktsstoffe zwischen Deutschland und seinen Nachbarstaaten vorliegen, da wurde das Feuer geschürt. Von Frankreich wurde ein großes, „das deutsche Volk befriedigendes Reinmachen auf politischem Gebiet“ gefordert, das — diese Drohung konnte der Redner sich nicht verkneifen — für Frankreich „bei den gegenwärtigen Entwicklungsmöglichkeiten der Technik“ eine dauerhafte Sicherheit biete als noch so starke Grenzbefestigungen. Ein anderer Redner: Solange die Entmilitarisierung des deutschen Westens bestehen bleibe, sei weder die Beseitigung des Weichselkorridors noch der Anschluß Oesterreichs möglich. Denn Großdeutschland wurzele im freien rheinischen Boden.

Gewiß, der Ton der offiziellen Telegramme war weit zahmer — er unterscheidet sich von dem der Festreden ebenso wie der Ton der deutschen Wehrdenkschrift von dem der mehr privaten Schleicherschen Äußerungen zur Gleichberechtigungsforderung —; aber solange dieser Gegensatz nicht ausdrücklich durch ein Abbrechen der Regierung von solcher nationalistischen Hetze anerkannt wird, wird er nur dazu dienen, die immerhin noch gewährte Mäßigung der offiziellen Regierungssprache in Mißkredit zu bringen.

Im Rampenlicht des Klassenkampfes.

Mit dem gewöhnlichen Hinweis auf die schlechte Wirtschaftslage fordern die saarländischen Bergwerksbesitzer eine Herabsetzung der Löhne der Bergarbeiter. Im Laufe der Verhandlungen, die über diese Frage zwischen Vertretern der Unternehmer und der Gewerkschaften stattgefunden haben, forderten die Bergarbeiterverbände, daß die Grubenherren die Notwendigkeit des Lohnabbaues mit genauen Ziffern über die Gestehungskosten belegen sollten. Die Unternehmer weigerten sich, solche Angaben zu machen. Der Lohnabbau sei erforderlich, eigentlich sei er schon seit langer Zeit erforderlich gewesen, und er werde am 1. Oktober durchgeführt werden, ob die Gewerkschaften damit einverstanden seien oder nicht! Zwei Tage später, als die Aussichten auf Erfolg der Verhandlungen immer mehr schwanden, erklärten die Unternehmer, daß sie im ersten Halbjahr 1932 an jeder Tonne Kohle 5,27 Francs (86 Pfennige) verloren hätten.

Angesichts der ablehnenden Haltung der Gewerkschaften erklärten sich die Unternehmer zu folgenden Zugeständnissen bereit: Die Lohnsenkungen sollen nur auf Arbeiter zutreffen, die mehr als 18 Schichten im Monat arbeiten. Die Löhne der Schichtlöhner sollen nicht um 1 Franc, sondern nur um 50 Centimes abgebaut werden, die der gelernten Handarbeiter um 1 Franc statt um 1,50 Franc. Diese Lohnkürzungen wollen die Unternehmer schon am 15. September durchführen.

Da die Gewerkschaften auch diesen Vorschlag nicht annehmen wollten, sind die Verhandlungen abgebrochen worden. Wenn die Unternehmer die neuen Bedingungen in den Gruben anschlagen, ist mit einem Streik zu rechnen.

Zeitschriften, Broschüren, Flugschriften, Plakate

stellt schnell, sauber und billig her

Oscar Wettig, Gelnhausen

Sprechapparate Koffer/Schallplatten/Schrank

Schallplatten für Konzert und Unterhaltung in allen Preislagen / Verlangen Sie Angebote!

Otto Pfothauer, Wolmar, Röhstr. 40.

Freunde und Leser des „Funken“!

Unterstützt Eure Zeitung!

Werkt Abonnenten! Sammelt Anzeigen! Bevorzugt bei Erhalten unserer Inseraten!

Geheime Indien-Konferenz im November in London!

Die neue englisch-indische Konferenz soll die Richtlinien der englischen Indienpolitik festlegen. Wer sich Klarheit darüber verschaffen will, warum England die Politik der festen Hand in Indien auf alle Fälle fortsetzen will, der muß die wirtschaftliche Lage Indiens kennen. — Lest dazu

Indien in der Zange.

Die wirtschaftliche Not eines großen Volkes.
Von Karl Hinkel.

Mit einer Karte und 9 Bildern / Brosch. 3,— M., Ganzl. 4,— M.

Aus den Presseartikeln:
„Eine eingehende Auseinandersetzung mit der englischen Kolonialpolitik in Indien. Eine vernichtende! Diese müßte jedem Menschen die Augen öffnen über die Verworfenheit der kapitalistischen Welt.“
„Das Andere Deutschland“, Nr. 16, 1932.
„Der Verfasser versteht es meisterhaft, die wirtschaftliche Not eines großen Volkes in klaren Strichen zu zeigen.“
„Zur wohltuenden Unterscheidung von der durch die Chandi-Bewegung ausgelösten großen Indien-Literatur, die sich vorwiegend mit den ethnischen und politischen Seiten des Problems Indiens beschäftigt, zeigt das Buch Hinkels die wirtschaftlichen und sozialen Lebensbedingungen auf, unter denen die Millionenmassen der indischen Bevölkerung heute noch leben müssen.“
„Internationale Gewerkschaftsbewegung“, Nr. 6, 1932.
„In systematischer Gliederung und unter Berücksichtigung urkundlichen Materials erörtert die Untersuchung dann im einzelnen die sozialen Verhältnisse der Arbeiter und Bauern, analysiert weiter die ökonomischen und kulturellen Ursachen dieser Erscheinungen und verlangt schließlich programmatisch hinsichtlich der Agrarreform die Aufhebung der Bodensperre, hinsichtlich der Industriereform den Aufbau einer klassenbewußten Arbeiterorganisation.“
„Wirtschaftsnachrichten“ (Herausgegeben von der Presseabt. der Reichsregierung) Nr. 138, 1932.“

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstr. 8 a.
Postcheckkonto Berlin 813 42.

Kapitalistengruppen unter sich.

Warmbold oder Braun? Ein Vorstoß der Grünen Front.

Rpt. Wie die „Landwirtschaftliche Wochenschau“ unter der Ueberschrift „Warmbold oder Braun?“ am 10. September schreibt, „hat die Aussprache der Grünen Front mit dem Reichskanzler am Freitag vergangener Woche in den entscheidenden Fragen des zweiten Teils des Wirtschaftsplans der Reichsregierung noch keine ausreichende Klarheit gebracht. Zu den drei Kernfragen, der Einfuhrkontingentierung, der Zinssenkung und der Umlagerung der Konsumbelastung, sind auch inzwischen vom Reichskabinett noch keine endgültig bindenden Entschlüsse gefaßt worden. Es scheint auch zu erwarten zu sein, daß es zu diesen Entschlüssen erst nach der Klärung der politisch-parlamentarischen Lage kommt. Da erst der noch unerledigte zweite Teil dem ganzen Wirtschaftsplan sein klares Gesicht und die wirkliche Erfolgsmöglichkeit geben kann, hält man es in Uebereinstimmung mit der Landwirtschaft in maßgebenden politischen Kreisen für möglich, daß sich aus diesem Fehlen der klaren wirtschaftlichen Linie noch weitere Schwierigkeiten für die Reichsregierung ergeben.“

Das hemmende Moment ist offensichtlich Reichswirtschaftsminister Warmbold, der ja früher schon im Kabinett Brüning als Gegenspieler Schieles wichtige Maßnahmen für die Landwirtschaft zu Fall gebracht hatte. Warmbold, einst ein Vertrauensmann der Grünen Front, hat sich zu einem einseitigen Vorkämpfer der Exportpolitik ohne Rücksicht auf den Binnenmarkt entwickelt. Das geht auch aus seinen Erklärungen hervor, die er bezüglich der Einfuhrkontingentierung gegenüber den Syndici der mitteldeutschen Industrie abgegeben hat. ... Da ihm auch die straffe Zusammenfassung des in sich selber uneinigen Reichswirtschaftsministeriums nicht gelungen ist, muß er als die schwächste Persönlichkeit im Kabinett bezeichnet werden. Er hat weiter nichts hinter sich als ein paar Syndici aus Handel und Industrie, die auch heute noch von der Möglichkeit gewaltiger Ausfuhrerlöserträge träumen; und ein paar unbelehrbare Gewerkschaftsführer (!). Seine Ersetzung durch eine Persönlichkeit, die in dem Gesamtrahmen des Kabinetts mit der Betonung der nationalwirtschaftlichen Aufgaben für den Binnenmarkt besser hineinpaßt, würde also nicht die mindesten Weiterungen haben. Ein solcher Personenwechsel würde in der erneuten Distanzierung von wirtschaftspolitischen Sonderinteressenten die Stellung des Präsidialkabinetts nur stärken.“

Der Angriff der großagrarischen Sonderinteressenten auf Warmbold, der bekanntlich aus der Leitung der I. G. Farben-Industrie kommt und daher wohl keineswegs die schwächste Person im Kabinett ist, schließt mit der deutlichen Warnung an Papen: „Der Reichskanzler dürfte sich darüber klar sein, daß Einfuhrkontingentierung, Zinssenkung und Konsumbelastung (gemeint ist: Einführung einer Margarinesteuer und Aufhebung oder Herabsetzung der Schlacht- und Zuckersteuer) bei einem etwaigen Wahlkampf eine wahrscheinlich ausschlaggebende Bedeutung haben würden.“

Stützen für Warmbold.

Die Industrie- und Handelskammer Berlin will die Position Warmbolds durch folgende Entschlüsse vom 10. September stützen: „Der Markt für deutsche Erzeugnisse muß durch einen möglichst umfangreichen Export erweitert werden. Die Bestrebungen, die darauf abzielen, für die Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse bestimmte Kontingente vorzuziehen, bedrohen den Export mit weiterer Verkümmern, da ihre Verwirklichung wichtigste Aufnahmelande der deutschen Ausfuhr schwer treffen könnte. So bedeuten eine gesunde, kaufkräftige Landwirtschaft ist, so muß doch die Bereitwilligkeit, zu helfen, eine Grenze finden, wenn die Gesamtproduktion und damit die Kaufkraft der Bevölkerung gefährdet wird, zumal gerade die Landwirtschaft auf eine kaufkräftige Abnehmerschaft selber in so hohem Maße angewiesen ist.“

Das Gleiche versucht eine Behörde, der Hamburgische Senat, durch ein Telegramm an den Reichskanzler vom 10. September, in dem es heißt: „Wohlstand und Existenz unseres Volkes sind bei der Art und der Lage des deutschen Lebensraumes in entscheidendem Maße bedingt durch die Erhaltung und Stärkung unseres Außenmarktes. Dieser würde auf das schwerste bedroht, wenn Einfuhrkontingente in geplantem Umfange Wirklichkeit werden.“

Bei der Mittlerstellung Hamburgs zwischen der deutschen Wirtschaft und den übrigen Volkswirtschaften glaubt der Senat, das Recht und die Pflicht zu haben, in letzter Stunde der Reichsregierung noch einmal seine schweren Bedenken gegen die geplanten Maßnahmen zum Ausdruck zu bringen.“

Stützen für Braun.

Granzow, der nationalsozialistische Ministerpräsident von Mecklenburg-Schwerin, bestätigt dem Reichsernährungsminister eine Unterredung durch ein Schreiben vom 10. September, das mit den Worten beginnt: „In Ergänzung der gewährten Besprechung halte ich mich angesichts der Ergebnislosigkeit Ihrer Arbeit in diesem Kabinett für verpflichtet, zu den Ihnen vorgetragenen schweren Sorgen die dringendsten Aufgaben der Reichsregierung zu wiederholen.“ Es folgen dann Ausführungen über Osthilfe, Siedlung, Baugewerbe und landwirtschaftliche Genossenschaften. Am Schluß des Briefes heißt es: „Die Aussichten für die Rettung des Landvolks und aller in unseren Kleinstädten mit ihm in wirtschaftlicher Verbindung stehenden Berufe durch sinnvolle Einfuhrkontingentierung können nach den Erklärungen des Herrn Reichskanzlers und Ihren Mitteilungen nur wenig Hoffnung erwecken. Ihre sofortige Durchführung ist aber Lebensfrage der deutschen Wirtschaft. Wenn landwirtschaftsfeindliche Minister anderer Fachgebiete Ihre Absichten verfehlen, müssen Sie, verehrter Herr Reichsminister, Ihren guten Namen retten und das übernommene Amt aufgeben.“

Gleichzeitig telegraphierte Granzow an Hindenburg: „Gegensätze im Reichskabinett verhindern erfolgreichen Abschluß der Osthilfe. ... Einfuhrkontingentierung wird gegen den Willen des Landwirtschaftsministers verweigert, Großhandel und Großbanken werden zu Lasten aller produktiv arbeitenden Stände bevorzugt. Ihr Eingreifen, hochverehrter Herr Reichspräsident, ist unsere letzte Hoffnung.“

Graf Kalckreuth, der geschäftsführende Präsident des Reichslandbundes, schlug am 11. September auf einem

Nassaulschen Bauerntag in dieselbe Kerbe: Man wisse, daß der Reichsernährungsminister die Wege zur Rettung Deutschlands richtig erkenne, aber im Volk und Reichskabinett noch mit Widerständen zu kämpfen habe. Sollten Personenfragen im Kabinett Schwierigkeiten ergeben, so habe er das Vertrauen zum Reichspräsidenten, daß dieser die Lösung an Personen nicht scheitern lassen werde.

Hier zeigt sich deutlich ein Spalt in der Einheitsfront der herrschenden Klasse. Ein kräftiger Vorstoß der Arbeiterschaft hätte — militärisch gesprochen — Aussicht, die feindliche Front von diesem Spalt aus nach zwei Seiten — zwar nicht aufzurollen, aber zurückzubiegen.

Politische Zusammenstöße am Wochenende.

Altona. Ein Polizeibericht meldet eine Schlägerei zwischen NS und Reichsbannerleuten am Sonnabend abend in der Schuhmacherstraße. Ein Reichsbannermann, der einen Nazi in den Rücken gestochen habe, sei verhaftet worden; desgleichen ein Nazi, der die Schaufensterscheibe eines Lokals zertrümmert habe.

Dortmund. Ein Polizeibericht meldet zwei Zusammenstöße zwischen NS und Reichsbannerleuten in der Nacht zum Sonntag beim Hörder Brückenplatz. Ein Polizeibeamter und ein Nazi seien verletzt und vier Personen, deren politische Richtung nicht mitgeteilt ist, verhaftet worden.

Da wir Näheres über diese Zusammenstöße noch nicht erfahren konnten, geben wir nur die Polizeimeldungen wieder.

Wieder eine Probe für das Berliner Sondergericht.

Nazi-Ueberfall auf 18jährigen Arbeiter.

Am Sonnabend abend wurde an der Röntgenbrücke in Charlottenburg ein 18jähriger Arbeiter von einem Dutzend Nazis, die plötzlich aus einem Nazilokal herausstürzten, überfallen und verprügelt. Der NS O s c h n e k t wurde verhaftet, die anderen entkamen. Auch dies ist wieder ein Fall, der nach der Terrornotverordnung mit zehn Jahren Zuchthaus bestraft werden muß.

Geschäft für Spitzel und Splone.

Berliner Polizeipräsident sucht Denunzianten gegen Kommunisten!

Der Berliner Polizeipräsident hat eine Belohnung bis zu 500 RM demjenigen zugesagt, der ihm Drucker und Verbreiter illegaler kommunistischer Schriften in brauchbarer Weise de-

Amerikanische Wahlpolitik.

Diskussion über die Schulden-Regelung unerwünscht.

Reuter meldet, daß der amerikanische Sekretär des Schatzamts, Ogden Mill, bevollmächtigt worden sei, die Frage einer Erklärung der Schuldnerländer, wonach sie die demnächst fälligen Schuldentilgungen nicht leisten könnten, als „nicht in Betracht kommend“ zu behandeln.

Die Schuldnerländer haben zwar das Recht, ein zweijähriges Moratorium herbeizuführen. Um davon ab 15. Dezember Gebrauch zu machen, müßten sie es bis zum 15. September erklären. Aber ein solches Moratorium betrifft lediglich die Kapitalrückzahlungen, während der Zinsendienst, der beträchtlich höher ist, davon nicht berührt wird. England z. B. müßte unter einem Moratorium immer noch 65,550 Millionen Dollar von 95,550 Millionen Dollar zahlen, würde also nur 30 Millionen Dollar sparen. Daher ist es nicht anzunehmen, daß England und Frankreich von der Möglichkeit, ein Moratorium zu erklären, Gebrauch machen werden.

Aus diesem Grunde ist anzunehmen, daß Ogden Mill durch seine Erklärung etwas anderes als die Beantragung eines Moratoriums verhindern wollte, nämlich die Frage der Schulden-Neuregelung von England und Frankreich nicht gerade jetzt zur Sprache zu bringen — und das mit Hinblick auf die bevorstehenden Präsidentenwahlen. Sowohl die Demokraten als auch die Republikaner ziehen es vor, während des Wahlkampfes nicht von der Schuldenfrage zu sprechen. Das geht auch aus der Erklärung hervor, die Stimson einem Berichterstatter des „Herald Tribune“ gemacht hat. Stimson betonte ausdrücklich, daß zwischen den Vereinigten Staaten und den Schuldnerländern keinerlei Verhandlungen über Reparationen und Kriegsschulden stattgefunden hätten.

Die englische Regierung scheint darauf Rücksicht nehmen zu wollen, die nächste Zahlung an die Vereinigten Staaten noch zu leisten und erst dann an eine Revision der Schuldenregelung heranzugehen.

Amerikanischer Beamtenmalkorb.

Wohl um einen nicht unbedeutenden Teil der Bevölkerung von der Teilnahme an der Propaganda für die bevorstehende Präsidentenwahl fernzuhalten, hat die Beamtenskommission der Vereinigten Staaten kürzlich eine neue Auslegung der Bestimmungen über die Zulässigkeit politischer Tätigkeit von Beamten erlassen. Dieser neuen Auslegung zufolge dürfen Beamte (von denen es in den USA etwa eine Million gibt) und ihre Familien ihre Ansicht über Angelegenheiten, wie die Rente für ehemalige Frontkämpfer, die Prohibition und die Kriegsschuldenregelung nicht öffentlich äußern.

Für die am 30. September fällig werdenden deutschen Schuldentilgungen an Amerika hat die deutsche Regierung, wie aus Amerika gemeldet wird, in Washington Zahlungsaufschub beantragt.

Der lettlandisch-russische Handelsvertrag läuft am 5. November dieses Jahres ab. Von beiden Seiten sind Delegierte ernannt worden, die in Moskau über die Erneuerung des Vertrages beraten werden.

Die Christen melden sich.

Der Evangelische Reichsleitersbund hat an Herrn v. Gayl geschrieben: er hat ihn an das Rundschreiben erinnert, das er (Gayl) Ende Juli an die Unterrichtsminister der Länder gerichtet, und in dem er angekündigt hat, bald an die Ausarbeitung eines Reichsschulgesetzes heranzugehen zu wollen. Er hält es für eine

„Ueberspitzung des Toleranzgedankens, wenn wegen Minderheiten, die zahlenmäßig für das Volksganze von ganz geringer Bedeutung sind, die christliche Grundlage des deutschen Schulwesens aufgegeben wird.“

Dieser Satz soll wohl bedeuten, daß die sogenannten weltlichen Schulen von der Bildfläche verschwinden sollen. Besonders unhaltbar finden die Evangelischen die Lage in Sachsen, wo die Simultanschule besteht. Schließlich finden sie es nötig, in Preußen einige nicht hinreichend „christliche“ Schulverwaltungsbeamte abzubauen.

nunziert. Damit ist für die KPD die Gefahr, daß Spitzel in ihr Unterkunft suchen, noch gestiegen.

13 Infanteriegewehre, Modell 98, und 2500 Schuß Munition wurden am Freitag in den Wohnungen der SA-Laute Aulich und von Diobitsch in Mallwitz (Schlesien) von der Polizei beschlagnahmt.

Der SA-Führer von Gleiwitz-Zernik, Rolle, ist aus dem Groß-Strehlitzer Krankenhaus, wo er während seiner Untersuchungshaft operiert werden sollte, geflüchtet. „Mittels eines Personenkraftwagens, der mit uniformierten Nationalsozialisten besetzt war, ist er nach unbekanntem Ziel abgefahren.“ (Polizeibericht vom Sonntag.)

Der Nationalismus macht Eroberungen im Film. Die Emelka-Theater-AG. geht ein; ihre Nürnberger und Münchener Kinos sind bereits in den Besitz der Ufa übergegangen; die Tobis (Tonbild-Syndikat)-AG. ist ebenfalls in großen Finanzschwierigkeiten. So wird die beherrschende Stellung der deutschnationalen Ufa als Filmproduzent und — wegen ihres großen Theaterparks — als Filmabnehmer weiter gefestigt.

Der Nationalsozialisierung des Rundfunks weicht Chefredakteur Joseph Räuscher, bisher Vorstandsmitglied der Dradag, seit Anfang August jedoch bereits aus seiner Stellung als Chefredakteur beurlaubt. Ende September scheidet er „im Einvernehmen mit dem Rundfunkkommissar Scholz“ aus seinen Stellungen bei der Dradag aus. Den Rundfunkhörer war er durch seine regelmäßige Zeitschau bekannt, in der er über die Stellungnahme selbst der kommunistischen Zeitungen leidlich objektiv berichtete.

„Der Gesamtvorstand der Deutschen Staatspartei beschließt, die Partei aufrechtzuerhalten.“ (Aus einer Entscheidung der Sitzung des Gesamtvorstandes am Sonntag.)

Der Kölner Zinsendienst ist, wie die Kölner Stadtverwaltung zur Berichtigung der verbreiteten Nachrichten mitteilt, nicht gefährdet. Die Stadt Köln habe bisher niemals für eine Zinszahlung bei der Reichsregierung oder einer anderen Stelle finanzielle Beihilfe erbeten.

Abrüstung ist nicht mehr aktuell.

Wie die „Berliner Börsen-Zeitung“ berichtet, wird von den maßgebenden Regierungen die Vertagung der Abrüstungskonferenz auf unbestimmte Zeit in Erwägung gezogen.

Ausschuß zur Entgegennahme frommer Wünsche.

Der technische Völkerbunds-ausschuß zur Vergebung öffentlicher Aufträge hat seine Arbeiten beendet. Diese bestanden darin, daß der Ausschuß die technische (nicht die finanzielle) Durchführbarkeit von Projekten für öffentliche Arbeiten, die verschiedene Regierungen dem Ausschuß, etwa in Form von Wunschzetteln, unterbreitet hatten, zu prüfen. Polen z. B. wünscht sich den Ausbau des Telefon- und Lichtnetzes im Lande, der Wasserleitung in Warechau und der Gaswerke in Oberschlesien, Südslawien den Ausbau des Hafens von Belgrad und die Verbesserung des Eisenbahnnetzes, u. s. w. Ihrer Verwirklichung sind diese Pläne infolge des Abschlusses der Arbeiten des Ausschusses schwerlich nähergerückt.

Spanien hebt die Todesstrafe auf.

Nach einer eingehenden Aussprache faßte die spanische Nationalversammlung mit großer Stimmenmehrheit den Beschluß, die Todesstrafe in ganz Spanien abzuschaffen. Auch die lebenslängliche Zuchthausstrafe verschwindet aus dem spanischen Strafrecht und wird durch die Höchststrafe von 20 Jahren Zwangsarbeit ersetzt. Diese Änderungen stehen im Zusammenhang mit einer weitgehenden Strafrechtsreform, die vom Rechtsausschuß in siebenmonatiger Arbeit vorbereitet worden ist.

Im Anschluß an diese Beratungen stimmte die Kammer über einen umfangreichen Amnestie-Antrag für politische Gefangene ab. Die Regierung war scharf gegen diesen Antrag aufgetreten. Als sich trotzdem kurz vor der Abstimmung eine Mehrheit für den Antrag zu bilden schien, stellte der Ministerpräsident, Azana, plötzlich die Vertrauensfrage, mit dem Erfolg, daß der Amnestieantrag mit 188 gegen 26 Stimmen abgelehnt wurde.

Im russischen Außenkommissariat ist die Nachricht eingetroffen, daß die spanische Regierung bereit sei, die diplomatischen Beziehungen zu Rußland aufzunehmen. Der russische Botschafter in Paris soll beauftragt worden sein, mit der spanischen Regierung darüber zu verhandeln.

Der Generalsekretär des bulgarischen Bauernbundes, Vergil Dimoff, wurde zum Nachfolger des zurückgetretenen Ministers für öffentliche Arbeiten ernannt.

Das Protokoll über die österreichische Anleihe vom 5. Juli ist von dem holländischen Gesandten in Bern unterzeichnet worden. Holland verpflichtet sich danach, Oesterreich einen Betrag von drei Millionen Schilling entweder zu garantieren oder unmittelbar auf dem Wege einer Anleihe zur Verfügung zu stellen.

Der „Temps“ und die freie Wirtschaft.

Im „Temps“, einer der Zeitungen der französischen Schwerindustrie, ist kürzlich in einer Artikelreihe der Versuch unternommen worden, die Wirtschaft, in der Konkurrenz herrscht, gegen eine „dirigierte“ Wirtschaft, eine sozialistische Planwirtschaft, zu verteidigen.

Der „Temps“ beschreibt die Vorteile der freien Konkurrenz.

Der Verfasser dieser Aufsätze im „Temps“ schildert die Vorteile der Konkurrenzwirtschaft und die Nachteile der Planwirtschaft, wie sie seiner Ansicht nach bestehen.

Zunächst nennt er einige Vorzüge der freien Wirtschaft: In ihr folgen alle Einzelnen ihren Interessen; aus dem Zusammenspiel der Kräfte ergaben sich gewisse allgemeine Gesetzmäßigkeiten, die den Charakter von Naturgesetzen haben und die Vorherbestimmung von wirtschaftlichen Ereignissen erlauben: „Wenn die Nachfrage nach einem zum Leben notwendigen Artikel steigt, so steigt der Preis dieses Artikels, wenn sich sonst nichts ändert.“

Die freie Wirtschaft leiste aber noch mehr: Sie schaffe automatisch ein Gleichgewicht der Kräfte. Die Konkurrenz reguliere auf dem Wege über den Preismechanismus automatische Produktion und Verbrauch.

Die Arbeitsteilung spiele gleichfalls eine wichtige Rolle in diesem Mechanismus: „Sie schafft eine Berufsteilung gemäß den persönlichen Fähigkeiten und den natürlichen Bedingungen, erhöht die Produktivität der menschlichen Arbeit und führt zu einer gesellschaftlichen Solidarität, indem sie die einzelnen und die Gruppen von einander abhängig macht.“

Dieser Mechanismus jedoch — so fährt der Verfasser im „Temps“ fort — spielt nur dann, wenn alle Einzelnen unabhängig von einander handeln. Unternähmen sie aber gruppenweise die gleichen Handlungen, so werde das Gleichgewicht gestört, und Unordnung in den wirtschaftlichen Beziehungen der Menschen sei die Folge. Dies trete zum Beispiel ein, wenn plötzlich große Massen von Sparern alle auf einmal ihre Ersparnisse von den Sparkassen abheben wollen. Vor allen Dingen aber finde dies in den folgenden beiden Fällen statt:

„Der Preisregulator verlangt die freie Konkurrenz. Wenn aber der Staat oder eine monopolistische Gruppe künstlich den Preis dieser oder jener Ware festsetzt, so ist das Gesetz von Angebot und Nachfrage nicht mehr gültig. Dann kann Ueberproduktion die Folge sein. — Die Arbeitsteilung setzt den freien Umlauf von Produkten, Kapitalien und Menschen voraus. Wenn aber Nationen oder Vereinigungen das Feld der menschlichen Tätigkeit in von einander abgeschlossenen Gebieten zertrennen, so verteilt sich die Arbeit nicht mehr gemäß den natürlichen Verschiedenheiten, und man wird fortwährend von einer Abweichung aus dem Gleichgewicht bedroht, die schlimmer ist als die, die man verhüten wollte.“

Der „Temps“ gegen Planwirtschaft.

In diesen Sätzen liegen schon die Haupt Einwände rein wirtschaftlicher Art, die der Artikelschreiber des „Temps“ gegen die Planwirtschaft zu machen hat. In zwei späteren Aufsätzen fügt er noch zwei weitere Gesichtspunkte hinzu, die kurz so beschrieben werden können:

1. Die Planwirtschaft sei nur möglich in einem Staatswesen, in dem die Regierung eine sehr starke Macht in der Hand habe, die Widerstrebenden unter das Gesetz zu zwingen, — eine Macht, die um so despotischer sein müsse, je weitgehender die Eingriffe des Staates in die Wirtschaft seien. Der Kollektivismus führe daher notwendig zur Despotie.

2. Die Planwirtschaft führe ferner notwendig zum wirtschaftlichen Nationalismus. Denn die Regierung, die die Wirtschaft in der Hand hat, werde versuchen, die Industrien ihres eigenen Landes künstlich zu fördern, und also die Autarkie anstreben, oder sie werde eine verwickelte Regulierung des Außenhandels einrichten, die nur dann gelingen kann, wenn Menge und Verschiedenheit der einzuführenden Waren sehr gering geworden sind. Wenn in der internationalen Wirtschaft der Preisregulator zu wirken aufhört, so wird ein Rückgang des Welthandels die Folge sein.

Die Antwort des sozialistischen „Populaire“.

So viel über die im „Temps“ vertretenen Ansichten. Wie zu erwarten war, hat der sozialistische „Populaire“ auf jene Verteidigung der Konkurrenzwirtschaft sofort mit einem Hinweis auf die vielen Millionen Erwerbsloser geantwortet, deren Vorhandensein ein klarer Beweis dafür sei, daß in der Konkurrenzwirtschaft der viel gepriesene Mechanismus der Angleichung von Produktion und Konsumtion und der bestmöglichen Verteilung der Arbeitskräfte gar nicht besteht. Der „Temps“ hat sich bisher wohlweislich gehütet, auf diesen Angriff zu antworten. Im Rahmen der von ihm vertretenen Ansichten müßte er nämlich versuchen, die Massenarbeitslosigkeit völlig aus jenen monopolistischen Vereinigungen zu erklären, die die künstliche Festsetzung von Preisen und die Behinderung des freien Stromes von Waren, Kapital und Arbeit zum Zweck haben. Eine solche Erklärung aber würde ihm nicht gelingen.

Denn der „Temps“, getreu seiner Rolle als Vertreter der kapitalistischen Interessen, kennt nicht oder will neben den eben erwähnten Monopolen nicht kennen die weit schwerer wiegenden Klassenmonopole.

Der „Temps“ stellt sich blind gegenüber Klassenmonopolen.

Wo der „Temps“ von den Hemmungen der Konkurrenz spricht, hätte er vor allen Dingen erwähnen müssen, daß die Proletarier sich in einem einseitigen Abhängigkeitsverhältnis von den Unternehmern befinden, das darauf beruht, daß jene um ihrer Existenz willen auf den sofortigen Abschluß eines Lohnvertrages angewiesen sind, während diese warten können, ohne ihr Leben zu riskieren. Dort, wo eine Klasse ohne jedes Produktionsmittel außer ihrer eigenen Arbeitskraft dasteht, findet die Berufsteilung nicht „nach persönlichen Fähigkeiten und natürlichen Bedingungen“ statt. Ferner: fragt man nach den Ursachen, warum dies so ist, so zeigt sich, daß im allgemeinen die Bodensperre die ausschlaggebende Ursache ist, ebenfalls ein Monopol und nicht das Ergebnis freier Konkurrenz.

Auf Frankreich angewandt: Die Unternehmer in Industrie und Landwirtschaft sind den Arbeitern überlegen, weil sie nicht so dringend auf den Abschluß eines Arbeitsvertrages angewiesen sind wie diese. Sie haben ihnen gegenüber also Vorteile in der Konkurrenz: Das freie Spiel der wirtschaftsrechtlichen Kräfte besteht nicht. Und warum? Seit langer Zeit rekrutieren die französischen Unternehmer billige Arbeitskräfte aus Polen, Italien und Nord-Afrika. Mit Hilfe dieser billigen Arbeitskräfte treiben sie die französischen Arbeiter in die Zwangslage, entweder ungünstige Arbeitsbedingungen anzunehmen oder zu hungern. Auf dem Lande verwenden sie so billige, selbst während der Krise nach Frankreich eingeführte Arbeitskräfte, daß sie die Franzosen in die Städte treiben, wo sie rasch Arbeit annehmen müssen. In den Großindustrien beschäftigen sie Nicht-Franzosen aus den genannten Ländern bis zur Hälfte aller ungelerten Arbeiter. Jene Länder aber sind gerade solche, in denen durch rohe Gewalt seit langem Großgrundbesitz geschaffen und erhalten worden ist: die ihres Landes Beraubten müssen suchen, anderswo unterzukommen. Die polnischen Wanderarbeiter sind auch in Deutschland bekannt; die Existenz der Latifundien in Italien ist eine wohlbekanntes Grundlage der dortigen Ausbeutungswirtschaft, die Zuteilung des Landes an einige große Gesellschaften in Nord-Afrika überrascht niemand, der mit den Methoden imperialistischer Kolonialpolitik vertraut ist.

Der Zusammenhang des gegenwärtigen Massenelends mit den hier genannten Klassenmonopolen der Unternehmer und der Großgrundbesitzer kann dem „Temps“, dem Blatt der Schwerindustriellen, nicht unbekannt sein. Logischerweise hätte er sie mit unter die Einrichtungen aufnehmen sollen, die das natürliche Gleichgewicht in der Wirtschaft stören, und zwar auf die Dauer stören. Der Artikelschreiber im „Temps“ kann sich auch nicht darauf zurückziehen, daß er sagt, es handle sich hier, anders als bei den staatlichen und privaten Monopolen der Herstellung oder des Verkaufs gewisser Waren, nicht um eine durch Verabredung aller Unternehmer oder Großgrundbesitzer geschaffene Einrichtung. Zur Aufrihtung der Klassenmonopole bedarf es solcher Verabredung gerade nicht. Und der „Temps“ gibt selber ein Beispiel einer Störung an, die nicht auf Verabredung beruht: den Fall, daß die Sparern einen „run“ auf die Sparkassen machen.

Fehler auf beiden Seiten.

Der „Temps“ als Vertreter der kapitalistischen Klassen vorrechte zieht es vor, auf halbem Wege stehen zu bleiben, statt seine Erforschung der Hemmungen der Wirtschaftsfreiheit konsequent durchzuführen. Eben dadurch gibt er dem „Populaire“, der Gegner der freien Wirtschaft ist, leichtes Spiel. Dieser, genau wie der „Temps“, sieht nicht, daß der Kapitalismus auf Monopolen und nicht auf Konkurrenz beruht. Aber der „Populaire“ gibt die Existenz der Klassen zu und schließt daraus auf das Versagen der freien Konkurrenz. Der „Temps“ dagegen verteidigt die Konkurrenzwirtschaft und geht stillschweigend über das Klassenverhältnis hinweg, wenn er es nicht gar leugnet. Beide haben, nach dem, was wir gerade haben, unrecht. Im Kapitalismus besteht keine völlig freie Konkurrenz: Weder muß daher der Sozialismus in der Beseitigung der freien Konkurrenz bestehen, noch kann der Kapitalismus durch Hinweis auf die Vorteile der freien Konkurrenz gerechtfertigt werden.

Es liegt nun beim „Temps“, zuzugeben, daß er gar nicht die völlig freie Wirtschaft ohne jegliche Monopole befürwortet, oder aber die bestehende Wirtschaftsordnung als nicht seinem Ideal der Freiheit entsprechend zu verurteilen. Wir vermuten, daß er es vorziehen wird, sich überhaupt nicht zu äußern. Gerhard Kumbelen (Paris).

Kriegszustand auf der Elbe. Ein Außenseiter setzt sich gegen Elbeschiffahrtkartell und Regierung durch.

Am 10. Juni 1932 hat die Regierung durch Verordnung ein Zwangskartell für die gesamte Schifffahrt auf der Elbe, den märkischen Wasserstraßen, der Saale und Trave gebildet. Diesem sogenannten Elbekartell müssen alle großen Reedereien angehören; die gesamte Kleinschifffahrt ist in Schifferbetriebsverbänden zusammengefaßt. Frachtausschüsse regeln die Frachtsätze. Ein fast lückenloser Bau nach dem Plan des Reichsverkehrsministeriums!

Und doch herrschen — wie die „Frankfurter Zeitung“ erzählt — auf der Elbe Zustände, die an Wild-West erinnern. Einzelne Landesregierungen weigern sich, die Verordnungen der Reichsregierung durchzuführen. Wie bekannt wird, wollen einzelne Länder sich nur dann für die Durchführung der Reichsverordnung einsetzen, wenn ihnen auf irgend welchen Gebieten Zugeständnisse gemacht werden!

Unter der Führung einer Hamburger Reederei hat sich eine kleine Opposition gegen das Zwangskartell gebildet, die ganz offen den Kampf gegen die Reichsregierung aufgenommen hat. Die zur Opposition gehörenden Firmen bestreiten die Rechtsgültigkeit der von der Reichsregierung erlassenen Verordnung. Die führende Firma der Opposition (Behncke & Mewes) betrachtet sich als außerhalb des Zwangskartells stehend, obwohl eigens zur zwangsweisen Befügung dieser Reederei eine Verordnung erlassen worden ist. Dem „Außenseiter“, der ja eigentlich gar kein Außenseiter ist, weil er dem Zwangskartell zwangsweise angeschlossen wurde, wurden die Fahrtause, die jedes Schiff und jeder Kahn auf der Elbe besitzen muß, entzogen. Die Kähne und Schiffe des Außenseiters dürfen also im Grunde auf der Elbe nicht mehr fahren. Aber auch darum kümmert sich diese Firma in keiner Weise!

Der Erfolg des Außenseiters: Er reißt das Geschäft an sich, da er sich nicht an die Bestimmungen des Kartells hält. Bei der ungünstigen Lage des Frachtenmarktes auf der Elbe wird dadurch, obwohl der Außenseiter verhältnismäßig wenig Schiffsraum hat, die Lage für die übrigen Reedereien und Schiffer sehr verschlechtert.

Anscheinend hat der Staat in zu vielerlei Dinge seine Nase gesteckt! Seine übrigen Organe reichen nicht aus, um seine Autorität auf all diesen Gebieten durchzusetzen; so tanzen ihm die Frechsten auf der Nase herum. Rpt.

Zement-Unfug.

Wann endlich freie Konkurrenz?

Deutsche Zeitungen beschwerten sich kürzlich über die Konkurrenz des niederländischen Zements auf dem westdeutschen Markt. Der holländische Haupterzeuger hat in Westdeutschland, zum Beispiel in Frankfurt, Aachen, Gladbach, Verkaufsstellen errichtet. Die Amsterdamer Zeitung „Telegraaf“ gibt darauf folgende Antwort: Deutschland verkaufe auf dem niederländischen Markt Zement zu einem Drittel der in Deutschland geltenden Preise. Infolgedessen sei die niederländische Zementindustrie genötigt, sich einen besseren Markt zu suchen. Da in Deutschland höhere Preise zu erzielen seien, sei ihre Aufmerksamkeit in erster Linie auf dieses Land gefallen. — Verständlich!

Die Niederländer möchten diesen für sie erfreulichen Zustand, daß sie

im eigenen Lande billigen deutschen Zement kaufen und gleichzeitig ihren eigenen Zement teurer nach Deutschland verkaufen

(obwohl sie dabei etwas unter den deutschen Inlandspreisen bleiben), anscheinend gern aufrecht erhalten. Die holländische Zementindustrie beabsichtigt, an Stelle des alten, Anfang dieses Jahres aufgelösten Zementkartells ein neues zu gründen und dann die Gewährung eines Einfuhrkontingents von der deutschen Regierung zu verlangen zum Ausgleich dafür, daß die deutschen Zementindustriellen ein Einfuhrkontingent nach Holland haben.

Es wäre wohl nicht schwer, diesem ganzen Spuk ein Ende zu machen, den Zement in Deutschland zu verbilligen, den holländischen Zementindustriellen die Absicht auszu-treiben, neuerdings ein Kartell zu gründen. Allerdings müßten dabei, wenigstens in Deutschland, manche Unternehmer ins Gras beißen. Darum wird es unter der Herrschaft kapitalistischer Regierungen vorläufig dabei bleiben, daß die Deutschen in der Hauptsache teuren deutschen und daneben etwas billigen holländischen Zement zu kaufen bekommen, auf der anderen Seite die Holländer billigen deutschen und (nach Gründung eines holländischen Kartells) teureren holländischen Zement, — bis beide Kartelle sich einigen und der Zement überall teurer ist.

JAPAN

Abwrackaktion nach deutschem Muster: Die japanischen Reedereien erhalten eine Abwrackbeihilfe zum Abwracken von 500 000 Tonnen über 35 Jahre alten Schiffsraums von je 20 Yen (etwa ebenso viel Mark) pro Tonne. Damit Aufträge für die Werften herauskommen, wird die Abwrackbeihilfe an die Reedereien nur ausgezahlt, wenn sie für je zwei alte Tonnen eine neue Tonne Schiffsraum in Auftrag geben.

DEUTSCHLAND

Zur Entlastung des Roggenmarktes: Die DGH (Deutsche Getreidehandelsgesellschaft) wird große Mengen Roggen aufkaufen, eosinieren (färben) und als Schweinefutter zu 14 Mark pro Doppelzentner verkaufen. Dabei entsteht der DGH ein Verlust von 4 bis 6 Mark pro Doppelzentner. Als Entschädigung erhält sie Scheine zum Bezug von zollverpflichteter Auslandsgerste. Diese Scheine dürfen erst in der zweiten Hälfte des Erntejahres verwendet werden; bis dahin werden sie wohl von der Reichsbank beliehen.

Die Gastwirte fordern: Keine neuen Konzessionen für Alkoholausschank in Schrebergärten. Untersagung der Errichtung von Imbißbecken in Warenhäusern. Zusammenlegung des Totensonntags und des Volkstrauertages. Dies sind einige der Forderungen, die vom 57. Deutschen Gastwirtetag am 8. September erhoben wurden, — eine treffliche Charakterisierung dieses Teils des deutschen Interessententums. Nach der Aussprache zu urteilen, empfinden die Gastwirte die Jugendherbergen als sehr lästige Konkurrenz. Immerhin haben sie deren Schließung noch nicht von Reichs- und Staatsregierungen verlangt. Sie müssen sich ja auch eine Forderung für den nächsten Verbandstag aufheben.

Benzinpreiserhöhung in Aussicht: Nach wochenlangen Verhandlungen ist Ende August die Wiederaufrichtung der deutschen Treibstoffkonvention beschlossen worden. Die Konvention umfaßt nahezu sämtliche deutschen Importeure und Erzeugerfirmen und erstreckt sich auf alle Betriebsstoffe sowie auf technische Benzine. Die Konvention wird Preis und Absatz von Treibstoff regeln. Schon jetzt wird aus Kreisen der neuen Vereinigung mitgeteilt, daß sich eine Erhöhung der Pumpenpreise nicht wird vermeiden lassen. — Nette Aussichten für den deutschen Kraftwagenverkehr!

Schrumpfende Sparkassen-Einlagen:

Spareinlagen Ende Juni	9 800 Mill. Mark
Zugang im Juli: echte Neueinlagen	366 Mill. Mark
Zinsgutschriften	3 Mill. Mark
Aufwertungsgutschriften	3 Mill. Mark
zusammen	10 172 Mill. Mark
Auszahlungen im Juli	455 Mill. Mark
Spareinlagen Ende Juli	9 717 Mill. Mark

Der Einlagenbestand hat also um 93 Millionen Mark abgenommen. Die echten Neueinlagen waren um 36 Millionen Mark höher, die Auszahlungen um 11 Millionen Mark niedriger als im Vormonat.

SCHWEDEN

Kreugers Platte in Zahlen: Die Gegenüberstellung von Vermögen und Schulden ergibt das folgende Bild:

	Vermögen	Schulden
(in Millionen Kronen)		
Persönlicher Nachlaß von Ivar Kreuger	98	1 170
Direktor Sjöström	1,7	34,7
stellvertretender Generaldirektor Littorin	1,9	20,6
Kreuger & Toll	508	780

Wem Kreuger Gold gab: Der frühere Ministerpräsident Ekman und die Freisinnige Partei hatten 100 000 Kronen erhalten und inzwischen zurückgezahlt. Der Chefredakteur einer Stockholmer Zeitung hat leihweise 183 000 Kronen erhalten, eine schwedische Opernsängerin 35 000 Kronen. Der Redakteur der kommunistischen Zeitung in Stockholm hat 35 000 Kronen gegen Verpfändung von Aktien seiner Zeitung erhalten, die kommunistische Zeitung selber gegen Hypothek und Bürgschaften 100 000 Kronen (1 Krone = 75 Pfennig),